

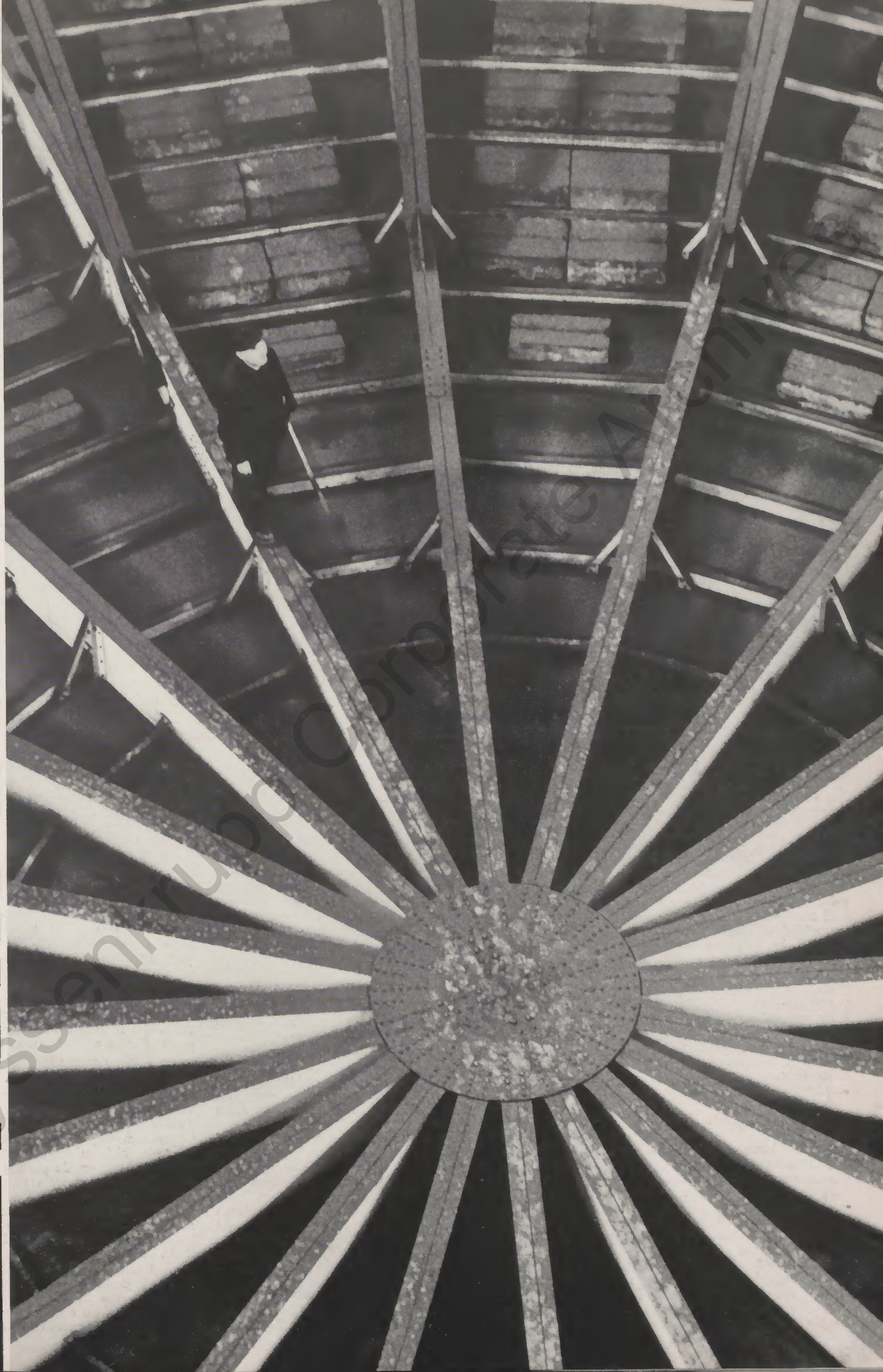
4

APRIL

1961

WERKZEITSCHRIFT
DER RUHRSTAHL
G. NUR FÜR DIE
BETRIEBSANGE-
HÖRIGEN • L 5991 E

RUHRSTAHL





Randbemerkung

Gut beschirmt

Der April steht in dem Ruf, unzuverlässige meteorologische Charaktereigenschaften zu besitzen. Das hat zur Konsequenz, daß man morgens stets prüfende Blicke zum Himmel wirft, eine entsprechende Kleidung wählt — um schon Minuten später festzustellen, daß sie für das Wetter denkbar ungeeignet ist, sei es, weil sie die Feuchtigkeit von außen nach innen zu leicht, oder die von innen nach außen zu schwer durchläßt. Kurzum, die Wettervorhersage nimmt fast sportliche Formen an, und da scheint es uns, als sei der Mann auf unserem Bild dem Wetter eine Nasenlänge voraus: zum Arbeitsanzug und Schutzkappe trägt er einen Regenschirm und schreitet also gewappnet ungerührt durch einen deftigen Aprilschauer. Gewiß, die Kombination dieser Ausrüstung ist etwas ungewöhnlich — aber praktisch. Übrigens: eigentlich sollte man viel häufiger etwas Ungewöhnliches, d. h. Unkonventionelles tun — wenn es praktisch ist.

Foto: Ahlborn

Ein neuer Jahrgang

677 000 westdeutsche Schüler erhielten zu Ostern ihre Abgangszeugnisse. Für sie beginnt nun die zweite Phase ihrer Entwicklung: die Berufsausbildung. Für die meisten dieser Jungen und Mädchen bedeutet das den Beginn einer gewerblichen oder kaufmännischen Lehrzeit. Und im Zeichen des ungewöhnlich knappen Arbeitskräfte-Angebots fällt es ihnen nicht schwer, eine passende Lehrstelle zu finden. Viele Unternehmen — um Nachwuchs dringend verlegen — bauen diesen kaum dem Kindesalter entwichenen Jugendlichen häufig goldene Brücken, machen die extravagantesten Versprechungen, um von den Lehrstellen-Anwärtern und ihren Eltern überhaupt als mögliche Lehrherren in Erwägung gezogen zu werden.

Der Lehrling ist heute „Mangelware“ — und er ist sich dieses Umstandes nur zu gut bewußt. Noch 1954 konnte die Wirtschaft unter 945 000 Schülentlassenen auswählen, konnte aus dem übergroßen Angebot jene aussieben, die solche fachlichen und menschlichen Qualifikationen zu besitzen versprochen, die ein künftiger Facharbeiter oder qualifizierter Angestellter einfach besitzen muß. Doch seit 1954 nahm die Zahl der Schülentlassenen ständig ab. Nach 1939/42, den Jahren der „großdeutschen“ Siege, folgten die Jahre der Niederlage, des Hungers, der äußeren und inneren Not. Deutschlands politisches und wirtschaftliches Schicksal läßt sich entsprechend genau an der

Geburtenkurve der vergangenen zwei Jahrzehnte ablesen. 1960 erreichte die Zahl der Schülentlassenen mit nur 578 000 ihren tiefsten Stand seit 1954; das Geburtsjahr jener 578 000 Jungen und Mädchen: das Notjahr 1946. Die Zahl der Schülentlassungen liegt in diesem Jahr bereits wieder um 100 000 über dem Tiefstwert, aber der Lehrlingsbedarf der Wirtschaft kann wieder bei weitem nicht befriedigt werden: etwa 200 000 Lehrstellen bleiben unbesetzt. Auch die Zukunftsaussichten sind nicht besonders günstig: Bis zum Jahr 1970 wird die Zahl der Schülentlassungen nur auf rund 790 000 ansteigen; das wären heute schon zu wenig.

Der Ruhrstahl AG ist es gelungen, 220 gewerbliche und kaufmännische Lehrlinge sowie Anlernlinge zum diesjährigen Ostertermin einzustellen. 105 gewerbliche Lehrlinge wählten die Henrichshütte (sie brauchte 120); das Annener Gussstahlwerk bot 40 gewerbliche Lehrstellen an — nur 35 konnten besetzt werden; lediglich die Presswerke Brackwede konnten mit der Einstellung von 25 gewerblichen Lehrlingen ihren Bedarf befriedigen.

Die Tatsache, daß die Werke in Hattingen und Annen nicht sämtliche Lehrstellen besetzen konnten, bereitet aus zweierlei Gründen einige Sorge: zum einen führt jede Unterbesetzung der Lehrstellen heute zu einer Lücke im Facharbeiter-Stamm von morgen; zum anderen führt ein geringes und zudem qualitativ nicht eben starkes Lehrlingsangebot zwangsläufig zu einer Senkung des angestrebten — und bisher von der Hütte auch noch stets erreichten — hohen Ausbildungsniveaus.

Und noch eins: Es geht ja schließlich nicht darum, Lehrlinge einzustellen nach dem Motto: „erst mal anwerben, alles weitere findet sich

später“, wie es heute leider vielfach üblich geworden ist. Wichtiger ist vielmehr, daß die Lehrstellen nach dem künftigen, vorausberechenbaren Facharbeiterbedarf der einzelnen Betriebe besetzt werden. Doch die Wünsche der Werke sind immer schwerer mit denen der Lehrstellenbewerber in Einklang zu bringen: Für den Former- oder Schmiedeberuf — harte Männerberufe — interessieren sich beispielsweise (wenn überhaupt) nur wenige Jugendliche. Dabei bieten Mangelberufe — neben überdurchschnittlichen Verdiensten — vorzügliche Aufstiegschancen. Technische Zeichner oder gar kaufmännische Berufe dagegen liegen in der Spitzengruppe der Berufswünsche. Wie zur Bestätigung dieser Tendenz erfuhren wir von unserer kaufmännischen Werkschule: „Wir konnten wieder aus der reichlichen Zahl der Lehrstellen-Bewerber jene auswählen, die uns geeignet erscheinen, ohne daß wir unser hohes Niveau unterschreiten mußten.“

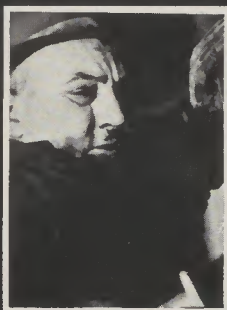
Im Zeichen des heute herrschenden harten Wettbewerbskampfes auf unseren Binnen- und Auslandsmärkten spielt die Qualität der angebotenen Erzeugnisse eine überragende Rolle. Wer hier nicht mithalten kann, hat das Nachsehen. Bislang wurde gerade die westdeutsche Industrie wegen ihrer erstklassigen Qualitätsarbeit gerühmt — und gefürchtet. Nicht wenige Unternehmen mögen aber im Hinblick auf die akuten Nachwuchssorgen ihre künftigen Wettbewerbschancen mit einiger Skepsis beurteilen. Denn wer nicht mehr konkurrenzfähig ist, verliert seinen Anteil am „Wirtschaftswunder“. Das trifft dann das Unternehmen als Ganzes — also auch die Mitarbeiter. Diese Zusammenhänge einmal zu durchdenken, empfehlen wir ganz besonders unseren Lehrlingen. Heiko Philipp

Inhalt

- Seite 2**
Redaktionskommentar:
Ein neuer Jahrgang
- Seite 3**
Thema: Interzonenhandel
- Seite 4–10**
... nach Leipzig zur Messe
- Seite 11**
**Zur Praxis der bargeldlosen
Monatslöhnung**
- Seite 12/13**
Zahlen Sie gern Steuern?
- Seite 14**
**Feuilleton: Seid gut
zu den Robotern;
Edgar lächelt mitleidig**
- Seite 15**
Annen: Diskussionen in Friedewald
- Seite 16/17**
**Brackwede: Millimeterarbeit
mit dem Richthammer**
- Seite 18/19**
**Henrichshütte: Blick in den
Gasometer**
- Seite 20/21**
**Unfallschutz: Feuerwehr
stets einsatzbereit**
- Seite 21**
**Werkarzt:
Brandwundenbehandlung**
- Beilage zu diesem Heft:**
Ruhrstahl-Personalnachrichten



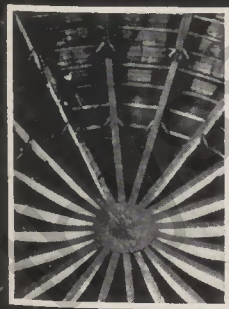
Auch die Leipziger Messe steht im Zeichen der intensiven Bemühungen der „DDR“ um internationale Anerkennung. Westliche Ausstellerstände – so auch der Ruhrstahl-Stand – sind begehrte Objekte der Zonen-Wochenschau „Der Augenzeuge“ (unser Bild). Über unsere Eindrücke in der Sowjetzone lesen Sie einen ausführlichen Bericht auf den Seiten 4/10.



Nicht immer bedeuten schwere Hammerschläge grobe Arbeit. Die Richtarbeiter im B II der Presswerke Brackwede verfügen über ein derart feines Materialgefühl und handhaben ihre z. T. klobigen Werkzeuge mit einer so erstaunlichen Millimetergenauigkeit, daß wir dieser interessanten Tatsache die Seiten 16/17 gewidmet haben.



Großbrände sind erfreulicherweise selten. Dennoch muß die Werksfeuerwehr der Hütte durch häufige Übungen fit gehalten werden; moderne Löschgeräte (unser Foto) sind eigentlich selbstverständlich. Daneben gilt das Augenmerk unserer Werksfeuerwehr der Brandverhütung, die aber schließlich Aufgabe aller Mitarbeiter sein muß (Seite 18/19).



Titelfoto

360 t schweben auf Gas

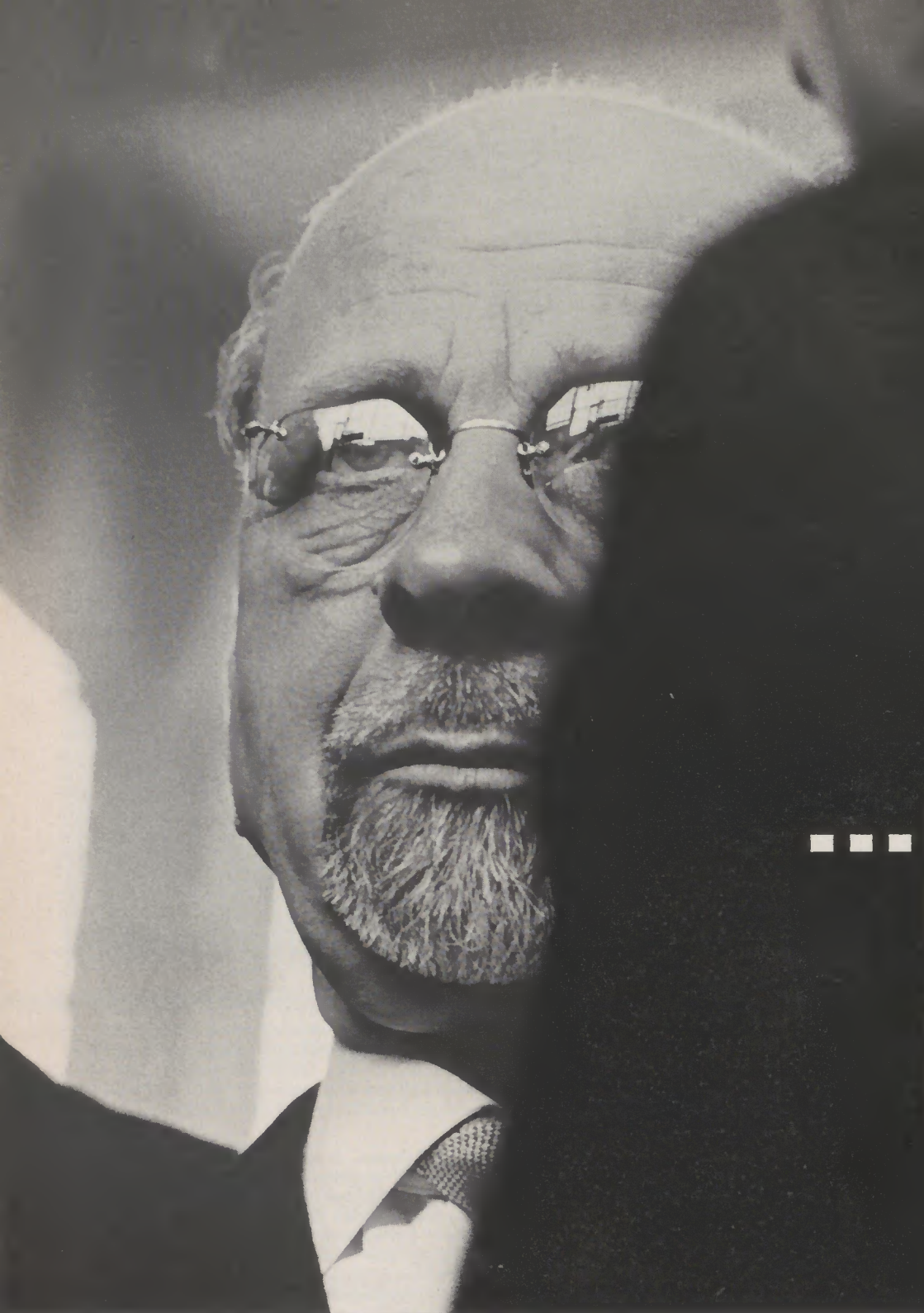
Wußten Sie auf Anhieb, was unser Titelfoto darstellt? Nein? Das wäre auch nicht weiter verwunderlich, es sei denn, Sie hätten schon einmal den Gasometer der Henrichshütte von innen gesehen. Aber wer – außer den Mitarbeitern der Wärmestelle, des Maschinenbetriebs oder der Werksfeuerwehr – kommt schon in den Gasbehälter? Für unsere übrigen Mitarbeiter wollen wir das Bild erklären: es zeigt einen Blick auf die 360 t schwere Dichtungsscheibe. Falls Sie nach dieser dürren Erklärung auch noch nicht viel klüger sein sollten, empfehlen wir Ihnen die Lektüre unseres Berichts auf den Seiten 18/19.

Foto: Ahlborn

Auf der Leipziger Industriemesse konnten die Außenhandelsunternehmen der Sowjetzone Exportabschlüsse in Höhe von 3,8 Mrd. DM-Ost tätigen, 10,2% mehr als zur Leipziger Messe 1960. Da aber nur etwa gut 25% dieser Abschlüsse auf das westliche Ausland entfallen, wird auch in Zukunft der Strom begehrter West-Devisen bzw. rarer Industrieerzeugnisse in die Zone relativ spärlich bleiben. Größter westlicher Handelspartner der Zone bleibt weiterhin die Bundesrepublik, die im Rahmen des Interzonenhandelsabkommens im Tausch gegen Braunkohlenbriketts, Treibstoffe und Getreide jährlich Rohstoffe und Industrieerzeugnisse im Wert von rund 1 Mrd. DM (etwa 3% unserer jährlichen Exporte) an die Zone liefert, davon Eisen- und Stahlerzeugnisse im Wert von etwa 325 Mill. DM. Diese westdeutschen Stahllieferungen decken fast 20% des Bedarfs der Zonenwirtschaft. Wenn man weiß, daß die Zone rund 12% ihres gesamten Handels mit Westdeutschland abwickelt – obwohl sie nur solche Waren aus dem Westen bezieht, die sie weder selber herstellen noch aus dem Ostblock erhalten kann, dann wird klar, daß eine Aufrechterhaltung der Kündigung des Interzonenhandelsabkommens – als Antwort auf die sowjetzonalen Berlin-Schikanen – für die Zonenwirtschaft sehr ernste Folgen gehabt hätte.

Das immer wieder von der westdeutschen Industrie bekundete Interesse am Osthandel im allgemeinen und am Interzonenhandel im besonderen ist einmal in den traditionellen Handelsbeziehungen zum Osten begründet, zum anderen aber spielt auch der Wettbewerb mit den übrigen westlichen Konkurrenten um den Ostmarkt eine Rolle. Mag auch der Osthandel heute – gemessen an unserem gesamten Außenhandel – relativ klein sein, wichtig ist, daß man als Bewerber um den Markt im Gespräch bleibt. Übrigens: Stocken die Lieferungen aus dem Westen, gerät nicht nur die Wirtschaftsplanerfüllung in Schwierigkeiten – sondern auch die Versorgung der 17 Millionen Deutschen in der Sowjetzone wäre ernstlich gefährdet. Wie die Erfahrung zeigt, sind die Volkswirtschaften des Ostblocks nicht in der Lage, hier helfend einzuspringen. Ihre Lieferzusagen stehen zumeist nur auf dem Papier.

Der Rahmen, in dem sich das Ost-West-Geschäft abwickelt, ist eng begrenzt durch die Wirtschaftspläne der Volkswirtschaften des Ostblocks. Auch der Interzonenhandel läßt sich nicht beliebig ausdehnen. Deshalb kann in Leipzig kein echtes Messengeschäft zustande kommen, in dem sich Angebot und Nachfrage nach den Regeln eines qualitativen und preislichen Wettbewerbs regeln. Die vom Zonenhandelsministerium vorgesehenen Einfuhrkontingente sind feste Größen, die sich nicht beliebig ändern lassen, ohne das ganze Planzahlengebäude der staatlich dirigierten Zwangswirtschaft rissig werden zu lassen. Die daraus resultierende Schwerfälligkeit des ganzen Versorgungssystems, die Anfälligkeit gegenüber jedem Versorgungsengpaß dokumentiert sich dementsprechend in nicht erfüllten Produktionsplänen, in der radikalen Erhöhung der Arbeitsnormen und im Fehlen der „tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs“. Kurz nach Beendigung der Leipziger Messe mußte der Plankommissar der Zone, Leuschner, vor dem SED-Zentralkomitee zugeben, daß es der Zone auch in diesem Jahr noch nicht möglich sein wird, den Lebensstandard der Bundesrepublik zu erreichen. Als Grund mußte er angeben: akuter Rohstoffmangel und das Fehlen ausreichender Arbeitskräfte. Die Zahl von rund 3 Millionen vorwiegend politischen Flüchtlingen aus der Zone in den vergangenen 15 Jahren und das weitere Anhalten des Flüchtlingsstromes erübrigen jeden Kommentar.



...nach Leipzig zur Messe

Notizen einer Interzonen- reise

Der Volkspolizist am Zonengrenzkontrollpunkt Wartha wünschte „Gute Fahrt“. Mit der Andeutung einer militärischen Ehrenbezeichnung trat er von unserem Wagen zurück. In diesem Jahr wurden die Besucher der Leipziger Industriemesse (5.-14. März) mit ganz besonders ausgesuchter Höflichkeit behandelt. „Müssen wir den Messeausweis und die Kennkarte noch einmal vorzeigen?“ „Vielleicht will sie der Posten – 300 m weiter – noch sehen.“ Das wäre dann die vierte Paßkontrolle. Wir fuhrten an. „30 km“ warnten Schilder am Straßenrand. Doch der angekündigte Posten bedeutete uns mit lässiger Handbewegung nur: „Weiterfahren!“ Zwei junge Männer, vielleicht gerade erst 20, olivgrün uniformiert, die Maschinenpistolen geschultert, hielten die Wacht – gegen wen?

„Eisenach 6 km.“ Die Sonne stand schon niedrig über den westlichen Ausläufern des Thüringer Waldes. Die Wartburg, einst Refugium des Gottesstreiters und Reformators Lu-

ther, lag schon im Schatten des verdämmenden Tages. Heute ist die restaurierte Burg eine der touristisch attraktivsten „sozialistischen Bildungsstätten“ der sog. DDR. Ist es erst wenig über hundert Jahre her, daß hier die deutschen Burschenschaften für die nationale Einheit Deutschlands demonstrierten?

Kurz vor Eisenach erreichten wir wieder die Autobahn, die, von Hersfeld kommend, wenige Kilometer vor der Zonengrenze bei Kriegsende unterbrochen wurde: Brückensprengung. Autobahnausfahrt Gotha; Autobahnausfahrt Erfurt. Und immer wieder Fahrbahnwechsel; gelegentlich ein paar Straßenbaumaschinen; doch das rillig-rissige Band der Autobahn kennt nur wenig Verkehr: 8000 DM-Ost muß der Zonenbewohner für einen „Trabant“, den „VEB-Volkswagen“, zahlen, 14.500 bis 17.000 DM-Ost für den „Wartburg“; alle größeren Wagen – etwa der „Sachsenring“ – sind prak-

tisch „Staatskarossen“. Für alle Autos: Lieferfristen von zwei bis drei Jahren!

„Ausfahrt Weimar 1000 m.“ Es ist schon dunkel, als wir über holpriges Pflaster in die Goethestadt einfahren. Die Straßen der Außenbezirke sind kaum erleuchtet; alle paar hundert Meter schwankt eine trübe Lampe. Wir fragen nach einer Adresse: „Ja, wissen Sie, es sind so viele Straßen umbenannt, man kennt sich selbst als alter Weimarer kaum noch aus...“ Am nächsten Morgen folgen wir den Schildern, die die Richtung zur „Nationalen Gedenkstätte Buchenwald“ – etwa 8 km außerhalb Weimars – weisen. Trotz des strahlenden Frühlingswetters macht die Stadt, die wir durchfahren, einen grauen, unfreundlichen Eindruck. Da stehen auch noch die halbfertigen Gebäudetrukte, die sich einst die Parteileitung des NS-Gaues Thüringen errichtete. Die ringsum offene Kongreßhalle erinnert in ihrer nack-



ten Stahlbetonkonstruktion an ein vorsintflutliches Skelett... „Jedem das Seine“, lautet der zynische, in Eisen getriebene Spruch am Portal des Konzentrationslagers Buchenwald. Hier durchlitten in den Jahren 1937/45 Hunderttausende politischer Häftlinge die Hölle auf Erden – inmitten einer fast unberührten Natur. Da stehen noch die Wachtürme; dort der Arrestbunker, den kaum ein Häftling lebend verließ. Die alles erfassenden Scheinwerfer, die Öfen des Krematoriums sind erloschen; die „Anatomie“, die Genickschußanlage sind heute Ausstellungsstücke, konserviert für die täglich heranrollenden Touristenbusse. Das weite Areal ist noch – wie einst – umgeben von Betonpfosten, noch immer verspannt mit dem nun rostzerfressenen Drahtverhau. Makabres Relikt der Unmenschlichkeit... „Nationale Gedenkstätte“ eines Staates, in dem Monat um Monat Hunderte von Menschen wegen einer freien Meinungsäußerung wider die Staatsgewalt, um einer unvor-

sichtigen Kritik an den Vertretern dieser Staatsgewalt willen, auf Jahre in den Straflagern – etwa in Torgau, Waldheim oder Bautzen – eingesperrt werden.

Das andere Weimar, das ist das Weimar Goethes. Sein Haus am Frauenplan ist noch immer Weihetempel der Goethe-Jünger in Ost und West. Verträumt, fast vergessen, liegt des Geheimrats Gartenhaus in den Parkanlagen der Stadt, stille Stätte der Besinnung. Noch immer reichen sich die Dichterfürsten Goethe und Schiller die Hände, in Erz gegossen, auf steinernem Sockel: Wächter deutschen Kulturerbes vor dem Nationaltheater. Doch von der Bühnenrampe dieses Musentempels schallt nicht mehr des Marquis Posa Ruf: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit.“ („Don Carlos“, Schiller.)

Jena, die alte Universitätsstadt an der Saale. Hier lehrte einst Schiller Geschichte. Auch



SED-Prominenz auf dem Ruhrstahl-Stand



SED-Pressekonferenz: Sprachregelung ▲ und Friedensmanifeste ▼



Leipzig: Handel und Politik

heute lehrt man hier Geschichte, doch interpretiert im Geist des marxistisch-leninistischen Weltbildes...

Naumburg, berühmt durch seinen gotischen Dom; wenige hundert Meter Luftlinie davon entfernt: eine Kadettenanstalt der Nationalen Volksarmee.

Weißenfels, an den Ufern der Saale, Industriestadt; die winkligen Straßen und Gassen gemahnen an eine Zeit, als in den Mauern dieser Stadt noch das Raunen von Sagen und Historie war.

Lützen. Eine schwedische Kapelle erinnert an jene Schlacht im Jahre 1632, in der der Schwedenkönig Gustav II. Adolf im 30jährigen Glaubenskrieg für die Sache des Protestantismus fiel. Seit 25 Jahren versieht hier ein Schwede mit seiner Familie das Amt des Traditionsbewahrers.

*

Leipzig. Industriegroßstadt an der Pleiße, seit dem Mittelalter Handelszentrum und Messeplatz.

Wie stets zur Messezeit, wenn die über 500 000 Messegäste aus aller Herren Ländern erwartet werden, hatte die Stadt auch in diesem Jahr ihr Festtagsgewand angelegt.

Die Schaufenster in der Innenstadt waren zwar mit teuren und qualitativ vielfach minderwertigen Waren gefüllt, doch weniger trostlos dekoriert als in den übrigen Städten der Zone. Aber auch hier fehlten nicht die politischen Propagandaplakate und Bilder, die feierlichen Selbstverpflichtungssparolen und Weltfriedensmanifeste.

Die Stadt hatte geflaggt, rote Riesenfahnen und die der Zonenrepublik. Die Flaggen aller ausstellenden Nationen wehten im Stadtzentrum: in der die Menschen kaum fassenden Peterstraße, am alten Rathaus am Markt, an den Ringstraßen, am wie stets zur Messezeit verstopften Verkehrskreis des Hauptbahnhofs, an den Ausfallstraßen. Die Farben der Bundesrepublik aber fehlten. Doch wem mochte das in diesem Fahnengewald wohl auffallen?

Dafür gab es wohlteuend wenige Propagandatransparente, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, in denen mit Verunglimpfungen besonders Westdeutschlands nicht gespart wurde.

*

Aber wer da glaubt, die Leipziger Messe sei deshalb eine rein kommerzielle, unpolitische Veranstaltung, die nur dem friedlichen Warenaustausch zwischen West und Ost diene, der ist im Irrtum. Jedes offizielle Messegespräch mit Vertretern der Zonen-Handelsorganisationen erhält gar bald politische Akzente, und nur der durch Erfahrung gewitzte Messeaus-

steller vermag sich den listig gestellten Fangfragen zu entziehen. „Kein Sekt – und keine politischen Gespräche“, lautete deshalb in diesem Jahr die Losung der westdeutschen Aussteller für den Umgang mit sowjetzonalen Behördenvertretern.

So bot sich denn nur dem unbefangenen Betrachter ein friedliches Bild wirtschaftlicher Koexistenz.

Die Wirtschaft der Sowjetzone ist trotz der fortschreitenden Verknüpfung mit den Volkswirtschaften des Ostblocks noch in hohem Maß abhängig von Importen aus dem westlichen Ausland. Deshalb wurden die Vertreter eben jener Staaten heftig umworben, deren politische Verfassung und deren kapitalistische Wirtschaftssysteme von der offiziellen sowjetzonalen Regierungspolitik ansonsten tagtäglich mit Schmähungen bedacht werden.

Doch man brauchte nur die Zeitung „Neues Deutschland“ aufzuschlagen oder den „Deutschlandsender“ zu hören, um zu wissen, daß die westliche Beteiligung an der Leipziger Industrieschau dennoch bedenkenlos in den politischen Propagandarahmen eingespant wurde.

Die Leipziger Messe ist für den Zonenstaat ein Aushängeschild, die internationale Vielfalt der Aussteller stärkt ihr stets von Minderwertigkeitsgefühlen belastetes Selbstbewußtsein. Denn wo sonst könnte der Zonenstaat so augenfällig der Welt seine reale Existenz beweisen – als in Leipzig, wo man Gastgeber spielen darf, wo man seinen aus allen Teilen der Zone herbeiströmenden Bürgern ebenso wie den Einkäufern aus aller Welt das Niveau der „volkseigenen Industrie“ vor Augen führen kann.

*

Und die Behörden der Sowjetzone haben allen Grund, mit sich zufrieden zu sein: Rund 9000 Aussteller aus 51 Nationen haben auf der diesjährigen Industriemesse in Leipzig ausgestellt. Und was besonders bedeutsam ist: Die Aussteller aus dem Westen haben ihre Beteiligung z. T. erheblich verstärkt. Größter Aussteller aus dem westlichen Ausland war Großbritannien, das seine Ausstellungsfläche um rund 50% erhöhte. Auch Italien und Belgien haben ihre Ausstellungsflächen um die Hälfte erweitert. Selbst zwei amerikanische Stahlkonzerne kamen erstmals nach Leipzig.

Verringert allerdings hat sich die Zahl der westdeutschen Aussteller gegenüber dem vergangenen Jahr; die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens, die Grundlage des Warenaustausches zwischen West- und Mitteldeutschland, im vergangenen Oktober hat viele westdeutsche Firmen zur Kündigung ihrer schon traditionellen Messestände veranlaßt. Der erneute Abschluß des Handelsabkommens – wenige Tage vor dem Jahresende 1960 – war indes für manche westdeutschen Unternehmen kein Anlaß, sich abermals um eine Ausstellungsfläche zu bemühen. Wer dennoch wieder für Leipzig optierte, sah sich jedoch vielfach von seinem angestammten Messestandplatz verdrängt: britische, französische, italienische und andere westliche Aussteller bauten hier diesmal ihre Messestände auf.

So fanden sich denn alle die Firmen der westdeutschen Stahlindustrie, die ihre Standplätze gekündigt und erst im Januar ihre Messebeteiligung erneut gemeldet hatten, in der Ausstellungshalle III wieder. Manche Beobachter sahen dies als eine Art „Strafe“ dafür an, daß man überhaupt gekündigt hatte.

*

Daß die westdeutsche Stahlindustrie doch wieder fast geschlossen in Leipzig ausstellte, mochte den sowjetzonalen Planungsbehörden eine schwere Sorge von der Seele genommen haben. Denn nichts hätte – zumindest noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt – die Sowjetzonenwirtschaft schwerer getroffen als ein

Leipzigs Peterstraße: Schaufenster der „DDR“



Fernbleiben der Stahlfirmen von Rhein und Ruhr.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß eine endgültige Kündigung des Interzonenhandelsabkommens für die Zonenwirtschaft weitreichende Folgen gehabt hätte, vor allem im Hinblick auf die Versorgung der Zone mit dem dringend benötigten Walzstahl. Dies wird zwar offiziell nicht zugegeben, doch haben verschiedene Äußerungen des Ende März plötzlich verstorbenen Zonen-Handelsministers Rau die Bedeutung der westdeutschen Stahllieferungen für die Erfüllung des 7-Jahres-Plans nur unterstrichen.

Aber man läßt sich die Sorge um die Walzstahlimporte nicht anmerken; es war vielmehr auffällig, daß die 1217 westdeutschen Aussteller nicht im gleichen Maß wie die übrigen Ausländer hofiert wurden. Man ließ immer wieder durchblicken, daß man auf Westdeutschland nicht angewiesen sei. Die Franzosen, Briten, Italiener u. a. seien bereit, an Stelle westdeutscher Firmen die begehrten Lieferungen zu übernehmen.

Allerdings ist hierbei in vielen Fällen mehr der Wunsch der Vater des Gedankens, denn: während der Handel zwischen West- und Mitteldeutschland im Wege eines zweiseitigen Warenaustausches abgewickelt wird, muß die Zone für Geschäfte mit dem westlichen Ausland zumeist Devisen zahlen. Und Devisen sind in der Zone knapp. Auch ist es mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, die traditio-

nellen Importwarenströme kurzfristig von Westdeutschland auf andere Staaten zu verlagern. Deshalb auch immer wieder die inoffiziellen Beteuerungen Ulbrichts oder Raus: „Wir sind am Interzonenhandel stark interessiert, wir wünschen eine weitere Entwicklung des Warenaustausches mit Westdeutschland.“

Die Hoffnung, in der Herstellung bestimmter Industrieerzeugnisse über kurz oder lang von Westdeutschland unabhängig zu werden, mag sich in manchen Sektoren erfüllen. Aber selbst diese Möglichkeit ändert nichts an der Tatsache, daß die sowjetzonale Stahlerzeugung – die gegenwärtig etwa 4 Mill. t im Jahr beträgt – noch auf absehbare Zeit nicht annähernd den Bedarf der Zonenwirtschaft wird befriedigen können. Zudem fehlen der mitteldeutschen Stahlindustrie eine Reihe bestimmter Produktionsanlagen und Verfahren, um gewisse, dringend benötigte Stahlerzeugnisse herzustellen. Im internen Gespräch hat mehr als ein Zonenvertreter zugeben müssen: Die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens hat unsere Produktionsplan-Erfüllung um Monate zurückgeworfen.

Und der Mann auf der Straße sagt: „Es fehlt an allen Ecken und Kanten. Heute gibt es keine Nägel, morgen keine Türbeschläge, übermorgen gibt es etwas anderes nicht. Wäre das Zonenabkommen nicht erneuert worden – wir hätten hier zumachen können.“ Und der Augenschein gibt diesem Urteil recht.

Die Zonenwirtschaft leidet an einem chroni-

Dresden: neues Leben aus Ruinen



Semper-Oper: Aufbau noch immer Plan



Der Zwinger: „Sozialistische Bildungsstätte“



Dresdener Stadtschloß: „Innen Fensterhöhlen...“



Am Altmarkt: Wohnungsbau im Einheitsstil



Symbol für den zerstörten Stadtkern: die Ruine der Frauenkirche
Trümmerfrau an der Prager Straße





KZ Buchenwald: „Nationale Gedenkstätte“

Die zwei Gesichter Weimars

Goethe-Gartenhaus: „Sozialistische Bildungsstätte“



schen Rohstoffmangel. Zudem wird der überwiegende Teil der Industrieproduktion ins Ausland exportiert; in den Westen gegen Rohstoffe und Devisen; in den Ostblock gegen Rohstoffe. Was im Lande bleibt, reicht kaum aus, um den eigenen Bedarf an Maschinen und sonstigen Industrieerzeugnissen zu decken. Deshalb auch fehlen überall die tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs. Trotz hoher Produktion ist die Zone ein armes Land.

*

Die Ruhrstahl AG ist schon Stammgast in Leipzig, und auch diesmal konnte sie sich über mangelndes Interesse durch die Handelsvertreter der Zone nicht beklagen.

Am Tage der Messeeröffnung erschienen der Staatsratsvorsitzende der sog. DDR, Walter Ulbricht, der Minister für Innen- und Außenhandel Heinrich Rau und der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident und Plankommissar Nowikow auf dem Ruhrstahl-Stand und wurden von unserem Standleiter von Ausstellungstück zu Ausstellungstück geleitet. Das Interesse der hohen Zonenfunktionäre war nicht geheuchelt, denn was ihnen hier gezeigt wurde, waren Ruhrstahl-Erzeugnisse, die die mitteldeutsche Stahlindustrie noch kaum herzustellen vermag: ein Turbinenläufer für ein HD-Dampfkraftwerk (Leistung 260 MW), eine Kaltarbeitswalze für ein Quarto-Kaltblechwalzwerk, eine Kurbelwelle für einen stehenden sechsstufigen HD-Verdichter einer Ammoniak-Syntheseanlage, eine Turbinenscheibe, ein Antriebsrad mit Achse für eine Verladebrücke, je eine Zahnkranz- und Drehzahnkranzbandage sowie Vorschweißflanschen mit Durchmessern bis zu 2590 mm. Alle diese aus Sonderstählen gepreßten, geschmiedeten oder gewalzten Erzeugnisse der Henrichshütte gehören in der Zone zu begehrten Mangelwaren. Das Annener Gusstahlwerk, Abteilung Ruhrpumpen, stellte eine stehende Schiffskolbenpumpe (Zwillingbauart für elektrischen Antrieb) aus, während die Presswerke Brackwede wieder mit ihren Rohrgewindefräsen RG 2 und RG 4 A (mit automatischem Arbeitsablauf) besonders bei Handwerkern und Facharbeitern großen Anklang fanden.

*

Und abends in „Auerbachs Keller“: Hier hatte, wie zu jeder Leipziger Messe, Ruhrstahl seinen Stammtisch. Die durch Goethes „Faust“ weltberühmte historische Gaststätte ist eine der wenigen Attraktionen, die das Nachtleben Leipzigs zur Messezeit bestimmen. Ein paar Nachlokal mit Varietédarbietungen und stets überfüllter Tanzfläche sowie das HO-Repräsentationslokal „Antifa“ ... Das ist alles.

In diesem Jahr allerdings bot Leipzig seinen Gästen noch eine Attraktion besonderer Art: den Besuch des nach vierjähriger Bauzeit im vergangenen Oktober mit viel Pomp wiedereröffneten Opernhauses. Man hat an nichts gespart: Edelhölzer, kostbare Tapeten und Draperien, hellstrahlende Lüster geben dem Opernhaus einen Glanz, der den Besucher für kurze Zeit das Grau des Zonenalltags vergessen läßt.

Fährt man aber am Ende eines Messetages zurück in sein Quartier, irgendwo in den Industrievororten der Stadt, dann zerflattern die Illusionen, dann zeigt sich, kaum hat man das Weichbild des hellerleuchteten Stadtzentrums verlassen, das wahre, das triste Gesicht dieser Stadt. Dann gleicht sie allen Städten der Zone; der Eindruck der Ausnahmestellung, die diese Stadt wegen ihrer internationalen Messen in der Zone auf höchste Parteianweisung genießt, verliert sich.

Noch immer kursiert in der Zone das geflügelte Wort: „Wenn in Leipzig Messe ist, sind bei uns die Läden leer.“ In Weimar hörten wir: „Ich habe heute für ein Stück Fleisch schlangestehen müssen; Butter gibt es im Augenblick überhaupt nicht.“ Auf der Presse-

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 22

Lohnzahlung - monatlich bargeldlos

Dr. Kurt Albaum,
der Assistent von Dir. Dr. Ebers,
erläutert
die technischen Einzelheiten

Ausgehend von den Grundsatzvereinbarungen, die zwischen den Werksleitungen und Betriebsräten der Henrichshütte bzw. des Annener Gussstahlwerks zur Einführung der monatlichen bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlung geschlossen wurden, haben wir in der Nummer 2/61 der Ruhrstahl-WZ die Vorteile dargestellt, die mit der Einführung dieser modernen Zahlungsform für die Belegschaften, das Unternehmen und die Geldinstitute (Banken) verbunden sind. Während in jenem Artikel die Fragen der bargeldlosen Lohn- und Gehaltszahlung mehr theoretisch und grundsätzlich beleuchtet wurden, soll hier lediglich von der rein praktischen Seite her Stellung genommen werden. Übrigens: eine kurzgefaßte „Technik der bargeldlosen Monatslohnung“ wird der Lohnhütte am Tage der letzten Barlohnung beigelegt.

Es läßt sich erfreulicherweise berichten, daß es in den letzten Monaten gelungen ist, im Wege schwieriger und sorgfältiger Beratungen zwischen den Beauftragten unserer Gesellschaft und den verschiedenen Geldinstituten die technischen Voraussetzungen der Einführung einer reibungslosen monatlichen bargeldlosen Lohn- und Gehaltsvergütung zu schaffen.

Es ist nun soweit, daß für die Henrichshütte zum 12. Mai letztmalig die Lohngehälter in bar und im Betrieb zur Auszahlung kommen. Es handelt sich hierbei um die Restlohnung für den Monat April. Entsprechend werden die letzten baren Gehaltszahlungen Ende April erfolgen. Die dann folgende nunmehr bargeldlose Lohn- und Gehaltszahlung wird zum 13. bzw. 14. Juni für Lohnempfänger bzw. Ende Mai für Gehaltsempfänger bei den verschiedenen Geldinstituten verfügbar angewiesen sein. Nach Auffassung der Verbands-Sparkasse Hattingen, Hauptniederstelle Welper, wird die Erweiterung der Geschäftsräume bis zum 1. Juni abgeschlossen sein. Ebenfalls wird die Amts-Sparkasse Blankenstein ihre Zweigstelle Welper voraussichtlich bis zu diesem Zeitpunkt eingerichtet haben.

Für das Annener Gussstahlwerk sind folgende Termine vorgesehen: Restlohnung in bar für April: 10. Mai; bargeldloser Monatslohn aufs Konto: erstmalig am 10. Juni. Diese Termine gelten allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die in Annen installierte Hollerith-Anlage rechtzeitig in Betrieb genommen werden kann.

Die Kontoeröffnung

Von den etwa 8 500 Lohnempfängern der Henrichshütte verfügten etwa 900 bereits über ein Konto, auf das die künftigen Bezüge überwiesen werden können. Ein weiterer großer Teil der Mitarbeiter hat sich in den letzten Wochen und Monaten selbst um die Einrichtung eines Kontos bemüht. Ihnen wollen wir an dieser Stelle unseren Dank aussprechen.

Die restlichen Lohnempfänger wurden mit Hilfe einer Liste, auf der die in Frage kommenden Geldinstitute vermerkt waren, befragt, bei welcher Bank sie ein Konto einrichten wollen. Bei den in dieser Liste — einer Lohnhüttenbei-

lage — angegebenen Geldinstituten übernimmt das Werk die Einrichtung der Konten. Diese werksseitig veranlaßte Maßnahme wird im Laufe des Monats April abgeschlossen sein. Insgesamt wird die Hütte den bargeldlosen Zahlungsverkehr über 180 Geldinstitute abwickeln.

Wer bisher kein Konto besaß, wird also in Kürze von seinem zuständigen Rechnungs- oder Personalbüro folgende Unterlagen erhalten: den Kontoeröffnungsantrag, die Unterschriftskarte für sein Konto, ein Scheckheft und die Empfangsbescheinigung hierzu, die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ des Geldinstituts und bei Jugendlichen die Unterschriftsblätter für Jugendliche. Entsprechendes gilt für die Angestellten. Von den etwa 1 400 Angestellten der Hütte verfügten bereits etwa 480 über ein Gehaltskonto. In den letzten Wochen haben weitere Angestellte von sich aus ein Konto eingerichtet. Für die verbleibenden Angestellten wird — ähnlich wie bei den Arbeitern — werksseitig die Eröffnung eines Gehaltskontos vermittelt.

Ab sofort gilt die Regelung, daß Belegschaftsmitglieder, die neu eingestellt werden wollen, sich sogleich um die Einrichtung eines Lohn- oder Gehaltskontos bemühen müssen. Bei der Einstellung müssen die Lohn- oder Gehaltskontonummer und das Geldinstitut bei der Personalstelle angegeben werden.

Für Lohnempfänger: Zinsloser Vorschuß

Die Henrichshütte hat ebenso wie das Annener Gussstahlwerk die Regelung getroffen, daß den Mitarbeitern — ausgenommen Ferienarbeiter, Praktikanten und in Kündigung stehende Mitarbeiter — eine einmalige, nicht zurückzahlende Überbrückungshilfe in Höhe von 50,— DM gewährt wird; sie ist allerdings steuer- und versicherungspflichtig. Dieser Betrag wird an die Gehaltsempfänger voraussichtlich mit der Gehaltszahlung für Mai angewiesen. Es wurde weiter vereinbart, daß die Lohnempfänger, die bisher 14tägig (Henrichshütte) bzw. 10tägig (Annen) entlohnt worden sind, auf Antrag einen zinslosen Vorschuß bis zur Höhe von 300,— DM in Anspruch nehmen können, der in bis zu 10 Monatsraten wieder einbehalten wird. Vorschußzahlungen an Lehrlinge und Jugendliche werden gesondert geregelt. Die Überbrückungshilfe und der Vorschuß werden voraussichtlich in der zweiten Mai-Hälfte zu dem üblichen Abschlagszahlungszeitpunkt bar im Betrieb ausbezahlt.

In den Rechnungsbüros der einzelnen Betriebe werden in Kürze Listen ausgelegt, in die sich alle jene Lohnempfänger eintragen können, die einen Vorschuß in Anspruch nehmen wollen. In dieser Liste werden die Höhe des gewünschten Vorschusses und die Zahl der monatlichen Rückzahlungsquoten vermerkt.

Barschecks und Daueraufträge

Nun noch ein Wort darüber, wie unsere Mitarbeiter künftig über ihr Geld verfügen können: Für den notwendigen Bargeldbedarf, z. B. Haushaltsgeld, Geldbeträge für Anschaffungen aller Art, Taschengeld usw., stellt sich das einzelne Belegschaftsmitglied am besten einen Scheck aus. Hierzu dienen die bei der Einrichtung des Kontos ausgehändigten Scheckvordrucke (Scheckhefte), die lediglich mit dem gewünschten Geldbetrag, dem Ausstellungsort und Datum sowie der eigenhändigen Unterschrift ausgefüllt werden müssen. Mit diesem so ausgefüllten Scheck kann natürlich nicht nur das Belegschaftsmitglied, sondern auch seine Ehefrau oder jeder andere Überbringer zur Bank gehen und sich den eingetragenen Betrag auszuhändigen lassen. Mit Scheck kann erstmalig über Geld verfügt werden, wenn die Lohn- oder Gehaltssumme auf das Konto überwiesen ist. Vordatieren von Schecks ist nicht statthaft. Für ständig wiederkehrende Ausgaben, z. B. Versicherungs- und Bausparkassenbeiträge, Abzahlungsraten, Mieten, Radiogeühren, Rechnungen der Stadt- und Wasserwerke für Strom, Gas und Wasser usw., wird der Bank am be-

sten ein Dauerauftrag erteilt, der dann ohne jeweilige Aufforderung laufend zu den fälligen Terminen von der Bank durchgeführt wird. Einmalige Rechnungen, die nicht gleich in bar bezahlt werden, können durch Einzelüberweisungsaufträge auf Grund von Vordrucken, die bei den Geldinstituten erhältlich sind, aber auch durch die Ausstellung eines Schecks, beglichen werden.

Was man über das Konto wissen muß

Verfügungsberechtigt über sein Konto ist nur das Belegschaftsmitglied persönlich, das anlässlich der Kontoeröffnung durch Abgabe seiner Unterschrift ausdrücklich hierzu berechtigt wird. Der Konteninhaber kann aber auch weiteren Personen, z. B. seiner Ehefrau, die Verfügungsberechtigung erteilen.

Wer hat das Recht, Einblick in den Kontenstand zu nehmen? Die Geldinstitute sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Lediglich der Verfügungsberechtigte, in der Regel also nur das Belegschaftsmitglied persönlich, kann Einblick in die Kontokarte nehmen. Wenn es der Mitarbeiter wünscht, wird ihm einmal im Monat ein Kontoauszug, aus dem die Geldbewegungen hervorgehen, von der Bank zugesandt.

Das Belegschaftsmitglied hat darauf zu achten, daß das Konto nicht überzogen wird. Das Geldinstitut prüft bei jeder Überweisung oder Abhebung, ob auf dem Konto ein Guthaben in Höhe des geforderten Betrages ausgewiesen ist. Ist das nicht der Fall, kann die Auszahlung nicht erfolgen. Bei kleineren versehentlichen Überschreitungen werden die Banken indes nicht kleinlich sein.

Bei Kreditwünschen — wie auch bei allen Zweifelsfragen — stehen die Banken dem Konteninhaber gern beratend zur Seite.

Es empfiehlt sich sehr, die sich im Ablauf der Zeit auf den Konten ansammelnden Restbeträge auf ein besonderes Sparkonto umschreiben zu lassen, da ein solches Konto mit dem jeweils gültigen Habenzinssatz erheblich günstiger verzinst wird als auf dem laufenden Konto (Girokonto).

Wissenswertes über das Geldabheben

Die noch nicht 21jährigen Mitarbeiter können nur mit Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters Geldbeträge von ihrem Konto abheben. Diese Zustimmung wird der gesetzliche Vertreter, z. B. Vater oder Mutter, in Form einer allgemeinen Erklärung bei Eröffnung des Kontos abgeben. Ebenso bedarf die Führung eines Scheckheftes bei Minderjährigen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

Abhebungen bei den Banken oder Kassen beschleunigen sich für den einzelnen Mitarbeiter wesentlich, wenn die Schecks über abgerundete Beträge ausgestellt werden. Das Belegschaftsmitglied kann beispielsweise im Laufe des Monats mehrere Schecks entsprechend der Höhe der bisherigen Abschlagszahlungen ausstellen, so daß die Familie, wie bisher gewohnt, mit dem Geld wirtschaften kann.

Da der unterschriebene Scheck Bargeld darstellt, kann bei eventuellem Verlust jeder andere die Einlösung vornehmen. Wenn also ein unterschriebener Scheck abhanden kommt, muß das Belegschaftsmitglied unverzüglich seine Bank — am besten sofort telefonisch — hiervon in Kenntnis setzen. Aber auch mit nicht unterschriebenen Scheckformularen muß äußerst sorgfältig umgegangen werden, um die Gefahr einer Fälschung zu vermeiden.

Zum reibungslosen Ablauf im Verkehr mit den Geldinstituten werden unsere Mitarbeiter dringend gebeten, möglichst nicht zu dem gleichen Tage, an dem das Geld verfügbarmachtet angewiesen ist, die Abhebung vorzunehmen, sondern erst einen oder zwei Tage später, da dann der Publikumsverkehr bei seiner Bank oder Kasse verständlicherweise geringer ist. Der Lohn- oder Gehaltsstreifen, der den Belegschaftsmitgliedern als Unterlage zur Kontrolle der richtigen Abrechnung dient, wird vor der Überweisung im Betrieb ausgehändigt.

Zahlen Sie gern Steuern?

Vom Haushaltsplan der Bundesrepublik und von der Notwendigkeit des Steuerzahlens durch den Staatsbürger

Natürlich zahlt niemand gern Steuern. Aber wer kann sich schon dem Anspruch des Bundes — wie der Länder und Gemeinden — auf Steuerzahlung mit Anstand entziehen? Die öffentliche Hand hat ein bereits im Grundgesetz, der Verfassung unseres Staatswesens, verbrieftes Recht auf Steuerzahlung. Und jeder einsichtige Bürger wird wohl auch ohne weiteres zugeben, daß der Steueranspruch der öffentlichen Hand gerechtfertigt ist: wie sollte sie sonst all die finanziellen Lasten zu tragen imstande sein, die ihr — nicht zuletzt durch die mannigfaltigen und kostspieligen Wünsche der Bürger — in steigendem Maß aufgebürdet werden? Im nebenstehenden Artikel wollen wir unseren Lesern ein Bild von den mit den vielschichtigen Aufgaben der öffentlichen Hand verbundenen Finanzlasten sowie den Problemen der Haushaltsplanung — vor allem des Bundes — zu geben versuchen. — In den Werkzeitschriften 11/60 und 3/61 haben wir uns mit Problemen des privaten Haushalts beschäftigt. Der Staatshaushalt unterliegt den gleichen Grundsätzen. Auch hier soll nicht mehr ausgegeben werden, als eingenommen wird. Der „ausgeglichene Haushalt“ gilt hier wie dort als eine erstrebenswerte Tugend, die zu erfüllen unserem Bundesfinanzminister bislang noch stets gelungen ist. Möge es so bleiben!

Die parlamentarische Debatte des Bundestages im März stand ganz im Zeichen der zweiten und dritten Lesung des Bundeshaushaltes für 1961. Der Bundesfinanzminister hatte Ende September 1960 dem Bundestag zur ersten Lesung noch einen Haushaltsvoranschlag in Höhe von 44,9 Mrd. DM präsentiert; in den seitdem vergangenen fünf Monaten war er auf rund 48 Mrd. DM angeschwollen. Vor zehn Jahren betrug der Bundeshaushalt gerade 20 Mrd. DM, und noch im Jahre 1955 wurde ein Haushalt in Höhe von „nur“ 30 Mrd. DM verabschiedet. Wer diese Entwicklung zum immer größeren Staatshaushalt mit kritischen Augen verfolgt hat, wird die vor über einem halben Jahrhundert von dem Nationalökonom Adolph Wagner aufgestellte These von den zwangsläufig „wachsenden Staatsausgaben“ — wenngleich resignierend — anerkennen müssen. Aber diese offenbar gesetzmäßige Aufblähung des Staatshaushaltes ist ja schließlich nichts anderes als das in Geldwerten ausgedrückte Wachstum auch der „Staatsaufgaben“.

Ein Jahrzehnt der steigenden Staatsausgaben

Als die Bundesrepublik im Sommer 1949 aus der Taufe gehoben wurde, erwarteten das neue Staatswesen Aufgaben, deren Bewältigung schier unmöglich schien: Das wirtschaftliche und soziale Erbe des verlorenen Krieges belastete die junge Republik mit einer Hypothek, die abzutragen man Jahrzehnte zu benötigen glaubte. Doch dank des unerwartet raschen Wiederanstiegs der industriellen Produktion und der damit verbundenen Expansion der Wirtschaft stiegen die Steuereinnahmen — Grundlage jeder staatlichen Haushaltsplanung — fast von Jahr zu Jahr in einem solchen Ausmaß, daß mit jeder Rechnungsperiode des Staatshaushalts höhere Ausgaben zur Erfüllung weiterer dringender Aufgaben, besonders auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiet, angesetzt werden konnten. So erhöhten sich denn die Ausgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden zusammen von etwa 37 Mrd. DM im Jahre 1951 über 77 Mrd. DM 1959 auf knapp 90 Mrd. DM in diesem Jahr.

Es ist müßig, aufzuzählen, wohin die Gelder, die wir ja schließlich selbst aufgebracht haben, im einzelnen geflossen sind. Müßig zu diskutieren scheint auch die Frage, ob diese Gelder in jedem Fall von der öffentlichen Hand so wieder ausgegeben worden sind, wie es dem Steuerzahler am nützlichsten scheint. Zu vielschichtig sind die Probleme, denen sich die Volksvertreter in den Gremien des Bundes, der Länder und Gemeinden gegenübersehen, wenn sie die Haushaltspläne ihres Wirkungskreises diskutieren — und schließlich verabschieden müssen. Der Bundesfinanzminister bezeichnete kürzlich den Bundeshaushalt als das „Schicksalsbuch der Nation“, das in nüchternen Zahlen die Fülle der Aufgaben widerspiegelt, die dem Staat im 20. Jahrhundert niemand mehr abzunehmen gewillt sei, und in dem die Sorgen und Ängste des Volkes verzeichnet seien.

Die Verantwortung des Staates gegenüber dem Steuerzahler

Am Beginn eines jeden neuen Jahres sollte sich der Familienrat einmal zusammensetzen, um die voraussichtlichen Einkünfte den bereits feststehenden und möglichen zusätzlichen Ausgaben der Familie gegenüberzustellen. Dem einzelnen Bürger bleibt es indes unbenommen, einfach in den Tag hineinzu leben, ohne an das Morgen zu denken: gegen viele Wechselfälle des Schicksals ist er ja bereits automatisch durch die gesetzlich vorgeschriebene soziale Kranken- und Altersversicherung gedeckt. Größere Anschaffungen? Schlimmstenfalls kauft man auf Raten.

Der Bund, ebenso wie die Länder und Gemeinden, dagegen ist durch Gesetze zu einer periodischen Haushaltsplanung gezwungen. Die Artikel 105 bis 115 des Bonner Grundgesetzes regeln das Finanzwesen des Bundes und gren-

zen seine Kompetenzen gegen das der Länder ab. Entsprechende Artikel enthalten die Länderverfassungen, in denen das Finanzverhältnis von Land und Gemeinden geregelt wird. Der Haushalt der öffentlichen Hand stellt eine Gegenüberstellung der Einnahmen und der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften dar. Doch im Gegensatz zum privaten Haushalt, dessen Höhe durch die Einnahmen bestimmt wird, kommt beim öffentlichen Haushalt den Ausgaben eine erhöhte Bedeutung zu. Das liegt nicht zuletzt an der Möglichkeit des Staates, fehlende — aber für bestimmte Aufgaben dringend benötigte — Mittel durch steuerpolitische Maßnahmen zu beschaffen (etwa durch Steuererhöhung, Zwangsanleihen u. ä.). Da derartige Maßnahmen bei den Bürgern im allgemeinen höchst unbeliebt sind, wird der Staat aber nur in seltenen Fällen hiervon Gebrauch machen. Der fast stets zur Inflation führende Weg, dringende Staatsausgaben durch öffentliche Kredite zu finanzieren, wurde in der Vergangenheit allerdings mehrfach beschritten. Es ist indes Aufgabe des Bundestages (bzw. der Landtage und Gemeindevertretungen), darüber zu wachen, daß die Haushaltsvoranschläge der ausführenden Organe — also etwa der Bundes- oder Landesregierung — ein vertretbares Maß nicht überschreiten. Eine von der Öffentlichkeit oft kaum beachtete Rolle spielt bei der Erstellung und Revision des Haushaltsplanes auch der Haushaltsausschuß, in dem Abgeordnete aller im Bundestag bzw. Landtag vertretenen Parteien tätig sind.

Neben der parlamentarischen Kontrolle der Haushaltsvoranschläge ist durch Gesetz auch eine Kontrolle der Ausgaben vorgesehen, die auf Bundesebene vom Bundesrechnungshof ausgeübt wird. Über die Verwendung jeder einzelnen Steuermark muß also Rechenschaft abgelegt werden.

Vom Bundeshaushalt 1961

Seit der ersten Lesung des vom Bundesfinanzminister im Herbst vergangenen Jahres vorgelegten Voranschlages des Bundeshaushaltes 1961 bis zur zweiten und dritten Lesung Mitte März dieses Jahres ist das komplizierte Zahlenwerk von 44,9 auf 48,1 Mrd. DM, mithin um 3,2 Mrd. DM, angewachsen. In der Zwischenzeit waren nämlich noch Erhöhungen bestimmter Posten des Haushalts aus außen- wie innenpolitischen Gründen notwendig geworden. Neben den 1,5 Mrd. DM für die Entwicklungshilfe, die nicht durch Steuern, sondern durch die Entwicklungshilfe-Anleihe der deutschen Industrie aufgebracht werden sollen, wurden noch folgende Erhöhungen bereits im Voranschlag hochdotierter Haushaltsposten bewilligt:

- 400 Mill. DM für die Landwirtschaft,
- 375 Mill. DM für die Neuregelung des Kindergeldes,
- 100 Mill. DM für den Flüchtlingswohnungsbau,
- 221 Mill. DM für die Tilgung deutscher Auslandsschulden aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg,
- 500 Mill. DM für gestiegene Gehälter der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst,
- 277 Mill. DM für die Berlin-Hilfe,
- 200 Mill. DM zur Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus im Ausland,
- 116 Mill. DM für den Europäischen Entwicklungsfonds.

Der Steuerzahler mag angesichts dieser zusätzlichen Belastungen des Staatshaushalts die bange Frage stellen, wie diese beim ersten Haushaltsvoranschlag noch gar nicht berücksichtigten Milliarden finanziert werden sollen. Die Steuereinnahmen für das Haushaltsjahr 1961 (1. Januar — 31. Dezember) sind erstmals im Mai 1960 geschätzt worden. Das Ergebnis dieser Schätzung — nämlich 38,7 Mrd. DM — war in der Regierungsvorlage im Herbst 1960

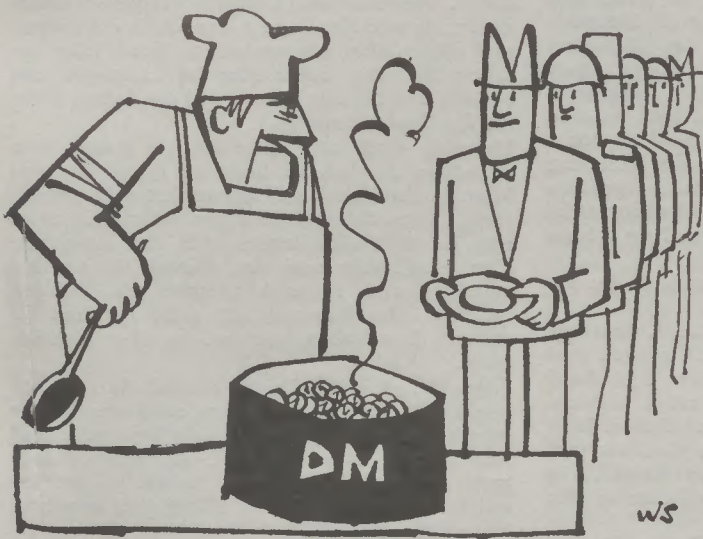
als „Steuersoll“ enthalten. Da sich das Brutto-sozialprodukt und mithin auch das Steueraufkommen im Rechnungsjahr 1960 gegenüber den seinerzeitigen Erwartungen wesentlich erhöht hatten (11,3 % und 14,3 %) und zudem eine erhöhte Wachstumsrate des Brutto-sozialprodukts (also der in Geldwerten ausgedrückten volkswirtschaftlichen Gesamtleistung) auch für 1961 angenommen werden muß, war eine Überprüfung des „Steuersolls“ notwendig geworden. Bei der ersten Fassung des Haushaltsplanes war man von einem Anwachsen des Sozialprodukts in Höhe von 6 % ausgegangen. Die ungewöhnlich gute Konjunktur im vergangenen Jahr und ihr erwartetes Andauern ließen den Ansatz einer Wachstumsrate in Höhe von 9 % gerechtfertigt und Steuer-Mehreinnahmen in Höhe von über 13 % als wahrscheinlich erscheinen. Ob indes der Optimismus des Bundesfinanzministers für das Jahr 1961 gerechtfertigt ist, kann erst die Zukunft erweisen. Tatsache ist, daß die Steigerung des Sozialproduktes 1960

Weit mehr als die Hälfte des ordentlichen Haushaltes betreffen also diese beiden Haushalts-titel. Aber nicht nur ihr Volumen, auch ihre politische Bedeutung führen dazu, daß die Haushaltsdebatten des Bundestages stets ganz im Zeichen der Sozialausgaben und der Verteidigungslasten des Bundes stehen.

In diesem Jahr erhielt ein weiterer Posten im Bundeshaushalt eine hervorragende Bedeutung: die Entwicklungshilfe. Die Bundesrepublik wird in diesem Jahr für Entwicklungshilfe einen Betrag von 4,1 Mrd. DM bereitstellen, wovon allerdings 1,5 Mrd. DM nur als sog. „durchlaufender Posten“ betrachtet werden darf, da es sich hierbei um die Entwicklungshilfeanleihe der Industrie handelt. Immerhin wurden 1960 nur rund 750 Mill. DM für die Entwicklungshilfe in den Haushalt eingesetzt.

Ein weiterer gewichtiger Posten im Bundeshaushalt sind die Personalkosten der Bundesbeamten, Angestellten (einschl. der Angehörigen der Bundeswehr), für die rund 5,5 Mrd. DM aufgewendet werden müssen. Die Subventionierung der Landwirtschaft kostet den Steuerzahler jährlich rund 3 Mrd. DM; der Wohnungsbau belastet den Etat mit etwa 1,5 Mrd. DM (auch 1961 sollen wieder 500 000 Wohnungen gebaut werden). Das Verkehrsministerium beansprucht weitere rund 3,6 Mrd. DM.

Die Ablehnung des Bundeshaushalts 1961 durch die Sozialdemokraten und Freien Demokraten beweist allerdings nicht, daß die parlamentarische Opposition das Zahlenwerk des Bundeshaushalts in Bausch und Bogen ablehnt, sondern vor allem, daß sie mit der Politik einzelner Ressortminister nicht einverstanden ist.



um 11,3 % ein Ausnahmefall war und in diesem Jahr von Experten eine Wachstumsrate von nur 7,5 % angenommen wird. Normal sind sogar nur 3 bis 5 %.

Als der Bundestag — allerdings gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten — den Bundeshaushalt für 1961 in dritter Lesung verabschiedete, hatte er sein Votum für einen Rekordhaushalt gegeben: Gegenüber dem Haushalt von 1960 ist er nämlich um 6,3 Mrd. DM gestiegen. Der im wesentlichen aus Steuermitteln finanzierte ordentliche Haushalt beziffert sich nun auf 45,1 Mrd. DM (+4,7 Mrd. DM gegenüber 1960); der durch Anleihen und Kredite gedeckte außerordentliche Haushalt beträgt rund 3 Mrd. DM (+1,6 Mrd. DM gegenüber 1960).

Sozial- und Verteidigungslasten prägen den Haushalt

Seit dem ersten Haushaltsplan der Bundesrepublik beansprucht das Ressort des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung stets den größten Posten im Bundesetat. Das ist nicht verwunderlich, bedenkt man die enormen Sozialausgaben des Bundes. Allein 4,3 Mrd. DM betragen 1961 die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten; die Kriessopferversorgung kostet den Bund jährlich ebenfalls etwa 4,3 Mrd. DM. Alles in allem über 12 Mrd. DM, also ein Viertel des Bundeshaushaltes sind 1961 den mannigfachen Sozialaufgaben gewidmet, rund 750 Mill. DM mehr als im Haushaltsjahr 1960. Einschließlich der Kriegsfolgelasten beträgt der Sozialetat des Bundes sogar rund 17,7 Mrd. DM. Aber auch die Belastung des Etats durch Ausgaben für die Landesverteidigung hat in den letzten Jahren immer stärker zugenommen und erreicht in diesem Jahr rund 11,2 Mrd. DM (+1 Mrd. DM gegenüber 1960).

Woher stammen die Steuern?

Doch wie kommen Bund und Länder zu den Steuergeldern, mit denen sie im wesentlichen die ihnen obliegenden Staatsaufgaben finanzieren müssen? Im Grundgesetz findet man unter Artikel 106 (Steuerquellen und Steuerertrag) eine genaue Aufzählung jener Steuerarten, die dem Bund zufließen und welche den Ländern vorbehalten sind.

Im Absatz 1 heißt es: Die Zölle, der Ertrag der Monopole (etwa Streichholzmonopol, Anm. d. Red.), die Verbrauchsteuern mit Ausnahme der Biersteuer, die Beförderungsteuer, die Umsatzsteuer und einmaligen Zwecken dienende Vermögensabgaben fließen dem Bund zu.

Absatz 2 besagt: Die Biersteuer, die Verkehrsteuern mit Ausnahme der Beförderungsteuer und der Umsatzsteuer, die Einkommen- und Körperschaftsteuer, die Vermögensteuer, die Erbschaftsteuer, die Realsteuern und die Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis fließen den Ländern und nach Maßgabe der Landesregierung den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zu.

Um nun den Bund auch an den hohen Erträgen der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu beteiligen, bestimmt der Absatz 3 des Artikels 106, daß durch Bundesgesetz (das der Zustimmung des Bundesrats bedarf) der Bund einen Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuer zur Deckung seiner durch andere Einkünfte nicht gedeckten Ausgaben in Anspruch nehmen darf. Hierbei war insbesondere an die Deckung solcher Ausgaben gedacht, die dem Bund durch Zuschüsse auf dem Gebiet des Schulwesens, des Gesundheitswesens und des Wohlfahrtswesens entstehen. Im Jahr 1955 wurde festgelegt, daß der Bund 35 % der Erträge aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer für sich beanspruchen darf.

Um einen Begriff von der Größenordnung der wichtigsten Steuererträge zu geben, seien fol-

gende Zahlen angeführt: Im Jahre 1960 betrug der Ertrag der Einkommensteuer 8,9 Mrd. DM, die Körperschaftsteuer (der auch alle Kapitalgesellschaften unterworfen sind) erbrachte 6,4 Mrd. DM, die Lohnsteuer 8 Mrd. DM, die Umsatzsteuer — die ertragreichste Steuer — 14,6 Mrd. DM. Die Mineralölsteuer hat sich mit 2,6 Mrd. DM zur ertragreichsten Verbrauchsteuer im vergangenen Jahr entwickelt, während die Kraftfahrzeugsteuer knapp 1,5 Mrd. DM erbrachte.

Die Wirtschaftsentwicklung hat dazu beigetragen, daß die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder immer schneller angestiegen sind (obwohl den Steuerzahlern noch die Steuer-senkung von 1958 in Erinnerung sein dürfte). 1960 nahmen Bund und Länder 56,3 Mrd. DM aus Steuererträgen ein (+8,2 Mrd. DM gegenüber 1959). Allerdings stiegen die Steuereinnahmen der Länder (+22,1 %) kräftiger als die des Bundes (+14,4 %).

Auch in Zukunft: Wachsende Staatsausgaben

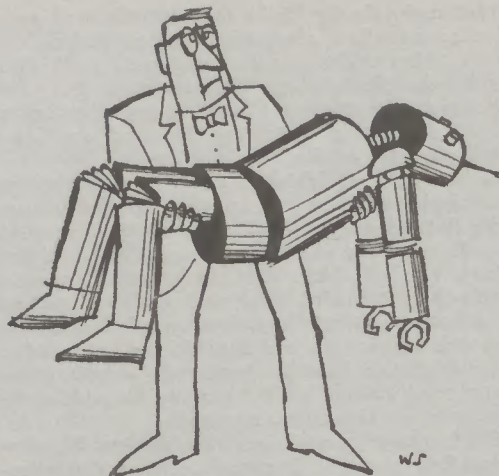
Den Wettlauf der Staatsausgaben mit den Einnahmen könnte der Steuerzahler jedoch nur dann gewinnen, wenn sich in Jahren eines weniger zügigen Konjunkturverlaufs — und entsprechend niedrigeren Steuereinnahmen — auch die Ausgaben entsprechend bremsen ließen. Doch die Experten glauben nicht recht daran. Sie meinen vielmehr, daß es wegen der ständig neu hinzukommenden Ausgabeposten, entweder aus politischen Gründen (z. B. „Grüner Plan“ der Landwirtschaft) oder wegen gesetzlicher Verpflichtung (etwa Zuschüsse zur Sozialversicherung) kaum zu sinkenden Staatshaushalten kommen wird. Der westdeutsche Bundeshaushalt (und das gilt im Grunde auch für die Länder und Gemeindehaushalte) ist bereits derartig unelastisch, daß 80 bis 85 % der Ausgaben als ständig wiederkehrend angesehen werden müssen. Da zu den bisherigen Dauerverpflichtungen in den nächsten 2 bis 3 Jahren weitere Lasten hinzukommen werden, die bereits heute mit jährlich etwa 6 Mrd. DM angegeben werden (+3 Mrd. DM für den Verteidigungshaushalt; 1,5 bis 2 Mrd. DM für die Finanzierung der Rentendynamik; etwa 1 bis 1,5 Mrd. DM für die Entwicklungshilfe), ist an ein Schrumpfen der Haushaltspläne gar nicht zu denken. Es ist sogar fraglich, ob selbst bei optimistischer Betrachtung der künftigen Entwicklung des Sozialprodukts (und damit des Steueraufkommens) der Haushalt gedeckt werden kann, ohne die Steuerschraube wieder ein wenig fester anzuziehen. Aber schon heute trägt der Bundesbürger mit einer Belastung von rund einem Drittel seines Einkommens durch Steuern und Sozialabgaben im Durchschnitt eine größere Bürde als die Bürger seiner westlichen Nachbarländer. Wohl konnte der Bundesfinanzminister in seiner Haushaltsrede am 30. September 1960 darauf verweisen, daß der Haushaltsplan für das Jahr 1961 auf einer gesunden Grundlage ruhe. Tatsache bleibt, daß er sich wieder „am Rande des Defizits“ bewegt hat.

Eine Chance allerdings bleibt dem westdeutschen Steuerzahler: Da die Steuereinnahmen der Länder in einem soviel stärkeren Maß als die des Bundes gestiegen sind — und die Länder sich inzwischen ein nicht unbeträchtliches Steuer-Fettpolster zugelegt haben, wäre es denkbar, daß Bund und Länder über eine Neuverteilung der Erträge aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer verhandeln könnten. Sollten sich die Länder bei solchen Gesprächen unerbittlich zeigen, so hätte der Bundesfinanzminister noch die gesetzliche Vollmacht, die Länder zur Erhebung einer sogenannten Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zur Höhe von 10 % zu veranlassen.

Nachdem der Bundesrat sich am 29. März mit dem Bundeshaushalt für 1961 beschäftigt und ihn gebilligt hat, konnte er am 1. April in Kraft treten — mit einer Verspätung von drei Monaten. Fürs erste hat der Steuerzahler also Ruh...

Seid gut zu den Robotern

meint Rudolf Lorenzen



Auf dem Messegelände drängten sich die Menschenmengen. Die Ausstellung „500 Jahre Bürotechnik“ hatte Reisende aus aller Welt angezogen. Die Prominenz traf sich in der großen Festhalle, die Festmusik war verklungen, der Präsident bestieg das Podium.

„Meine Damen und Herren“, sagte der Präsident, „heute zur Eröffnung der Ausstellung ‚500 Jahre Bürotechnik‘ halte nicht ich die Festrede, sondern dem gewaltigen Anliegen dieser Ausstellung entsprechend richtet nunmehr der Roboter TX 18 aus der vorjährigen Bauproduktion das Wort an Sie. TX 18 ist leitender Roboter in der Verkaufsabteilung der Deutschen Zementwerke. Bitte schön, TX 18!“

Der Roboter betrat das Podium, legte seine Arme auf das Rednerpult, hob ruckartig den Kopf und wartete das Abflauen des Beifalls ab, der ihn begrüßte.

„Verehrte Damen, Herren und Roboter“, begann TX 18, „nachdem seit Jahrzehnten der Roboter die Büros aller Welt beherrscht, bin ich stolz darauf, als erstes Fabrikationsmodell öffentlich auf einer Versammlung sprechen zu dürfen. Jahrzehntelang hat der Roboter dem Menschen stumm gedient, in den Büros hat er die Post erledigt, Briefe gelesen und auf die individuellste Weise beantwortet, Bestellungen an die Auslieferroboter weitergegeben und Rechnungen geschrieben. Nun hat Herr Professor Kupfervogel, der hier vor mir in der ersten Reihe sitzt und den ich als meinen Bauherrn übrigens sehr verehere, das erste selbständig sprechende Modell konstruiert, das Sie in mir hier sehen. Der Mensch muß sich aber darüber im klaren sein, daß von nun an für uns Roboter die Zeit des stummen Dienens vorbei ist. Mit der Sprache ausgerüstet können wir unsere Nöte und Beschwerden vorbringen, ja, wir können den Menschen zwingen, Notstände zu beseitigen. Natürlich werden wir uns hüten, Machtmittel zu ergreifen, denn eine Grenze ist uns Robotern immer noch gesetzt: Wir können uns noch nicht selbst herstellen. Immer noch sind wir auf den menschlichen Erzeuger angewiesen.“

Unsere Sorgen gelten auch nicht den höheren Modellen unter uns, wie Alpha 50, TRIX 11 oder etwa mir. Wir haben nicht zu klagen, wir werden vom Menschen gut behandelt, weil wir in der Herstellung sehr teuer sind. Herr Professor Kupfervogel verkauft mich für eine halbe Million, und dementsprechend behandeln mich auch die Direktoren der Deutschen Zementwerke. Ich habe ein eigenes Arbeitszimmer und werde jeden Morgen, wenn die Bürozeit beginnt, von einem Ingenieur untersucht und von einem Monteur geölt. Ich schreibe meine Briefe auch nicht mehr selbst, sondern diktiere sie dem Sekretär-Roboter Helga 9. Abends nach Büroschluß wickelt man mich in Ölpapier und legt mich auf Holzvolle.

Aber so, wie der Mensch uns pflegt, so vernachlässigt er auf der anderen Seite den kleinen Roboter in den unteren Positionen. Das Modell Zeta 1 zum Beispiel, das man auch den Eisernen Ferdinand nennt, ist nun schon seit sechzig Jahren im Dienst. Er ist der Laufroboter, der die Botengänge macht, und mit dem Zusatzkasten Rho, mit Briefwaage und Briefmarkenlekanlage ausgerüstet, fertigt er auch die Post ab. Er war

der erste Roboter in den Büros überhaupt, aber wie behandelt der Mensch ihn! Er pflegt ihn nicht, er überholt ihn nicht, ja, er ölt ihn noch nicht einmal, denn es gibt unter den Menschen niemanden mehr, der sich so erniedrigt, einen Roboter zu ölen. Für den Eisernen Ferdinand gibt es abends kein Ölpapier und kein weiches Lager aus Holzvolle. Wenn Feierabend ist, dreht ihm sein Abteilungsleiter einfach die Sicherung heraus, und dann bleibt er über Nacht irgendwo lieblos liegen. Er hat ja in der Anschaffung nicht viel gekostet und sich heute nach sechzig Jahren längst amortisiert.

Dann ist da noch das Modell Wanda 5, das als Putzfrau ... Putzfrau ... Putzfrau ...

Das Publikum bewegt keine Miene. Erst als TX 18 zum fünftenmal „Putzfrau“ gurgelt und schließlich mit einem undeutlichen Schluckauf verstummte, blickten die Zuhörer ratlos um sich. Eine peinliche Stille trat ein, bis schließlich Herr Professor Kupfervogel, hochroten Gesichts, auf das Podium neben sein verstummtes Modell TX 18 trat. Betreten wandte sich der Professor an das Publikum.

„Ich bitte vielmals um Entschuldigung für die Störung“, sagte er, „aber ich habe meinem Modell TX 18 eben leider die Sicherung herausdrehen müssen, sonst hätte er noch stundenlang weiter Beschwerde geführt. In diesem Versuchsmodell war leider doch wohl eine Röhre zu viel. Ich werde sie entfernen und Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Kürze ein entsozialisiertes, friedlicheres Modell vorstellen.“

Dann winkte Professor Kupfervogel zwei Monteure herbei, die TX 18 forttrugen. Über das Gesicht des Roboters liefen dicke Ölströme.

Edgar lächelte mitleidig

Beobachtungen von Hellmut Holthaus

Edgar, Jungarbeiter, achtzehn, versteht was vom Leben. Liesbeth und Heinrich, seine Eltern, beide fünfundvierzig, verstehen nichts davon. Deshalb hat es Edgar so schwer mit ihnen.

Ihr versteht nichts vom Leben! sagt Edgar.

Du denn?

Edgar grinst überlegen. Soll ich es euch mal zeigen?

Warum nicht? Es ist Samstag, zwischen Nachmittag und Abend, da hat man sonst nichts vor und kann sich wohl einmal von einem Kenner in die Geheimnisse des Lebens einweihen lassen. Macht euch fein, sagt Edgar. Ich bin gleich wieder da.

Heinrich zieht seinen Sonntagsanzug an, Liesbeth nimmt das neue Blaue. Da bin ich aber ge-

spannt, sagt sie. Lassen wir ihn mal machen! meint er.

Da kommt Edgar schon zurück mit einem Freund und einem Taxi. Die Eltern sehen sich an, aber hier ist keine Zeit zum Besinnen, der Motor läuft, das Leben läuft, die Vorstellung fängt an! Flott rollt das Auto über die Landstraße zum nächsten Dorf. Das ist ein schüdes Dorf, viel eleganter als unseres, ein Ort auf der Höhe der Zeit, ein Dorf mit Milchbar.

Edgar läßt den Wagen vor der Milchbar halten und zahlt. Heute zahlt Edgar alles, dies ist seine Sache, er ist der Verantwortliche und trägt die Kosten.

Er geht voran, voran in die Milchbar. Diese ist schon in Schwung, da rauscht das Leben, da schlürft man das Leben vom Faß. You're a Heart-breaker, stottert und wimmert die Musik-Box, und die Paare tanzen. Die Jünglinge sind ebenso lang wie Edgar und ebensolche Kenner.

In der Milchbar trinkt man Bier und Wein. Daher der Name Milchbar. So verrückt ist das Leben. Heinrich und Liesbeth verstehen nichts davon, sie sind Neulinge in der Schule des Lebens und fühlen sich wie verdatterte Erstkläßler am ersten Schultag. Edgar aber ist Fachmann und bestellt Bier für die Herren und ein Achtel Wein für die Dame Liesbeth.

Heinrich, statt sich mitreißen zu lassen vom Abenteuer des Lebens, dreht die Bierflasche verlegen in der Hand und interessiert sich für den Preis. Etwas Besseres fällt ihm wahrhaftig nicht ein! Es stellt sich heraus, daß das Flaschen Bier einsfünfzig und das Achtel Wein einsachtzig kostet. Heinrich verspürt ein Würgen im Hals. Das Bier will gar nicht rutschen. Er grübelt. Das Leben, sagt er, ist aber ziemlich teuer.

Edgar lächelt mitleidig. Er entschließt sich, das Leben mit einigen Worten zu erklären. Billiger ist es eben nicht, sagt er. Das ist heut so, Papa! Alle machen es so. In der Stadt geht es noch ganz anders zu. Was vom Leben haben! Da solltest du mal erst in die Königinbar kommen. Mein lieber Mann!

Und das Taxi? fragt Heinrich.

Edgar schüttelt den Kopf: Was ist denn das schon? Das gehört dazu.

Taxifahren gehört zum neuen Stil in Jungarbeiterkreisen. Heinrich weiß es noch nicht. Er ist niemals Taxi gefahren. So teures Bier hat er auch noch nie getrunken. Aber zu einem Häuschen hat er es gebracht, obwohl er nur ein Arbeiter ist, und zu einem Garten mit den schönsten Spalierbirnen und Stangenbohnen, und Edgar soll das alles einmal erben.

Die Musik-Box spielt Mister Blue. Edgar tanzt. Hundertzwanzig Mark, überlegt Liesbeth, gibt er mir als Kostgeld im Monat. Und das andere? Wieviel ist es eigentlich? Er verdient gut, das weiß ich.

Edgar kommt vom Tanz zurück. Die Stimmung am Tisch gefällt ihm nicht, und er zahlt — mit Taxi sind es jetzt zwanzig Mark, rechnet Liesbeth — zahlt mit seinen harten, verarbeiteten Händen, die die ganze Woche an der Drehbank schaffen müssen.

Edgar, sagt Heinrich bedrückt, du wolltest doch auf die Ingenieurschule!

Wovon denn? ruft Edgar. Das, denkt er erbittert, hat man nun davon!

Sie gehen. Heinrichs Flasche ist noch halb voll. Da steht das Bier und wird schal.



Diskussionen in Friedewald

Ruhrstahler auf der Evangelischen Sozialakademie

Kürzlich rief der Sprecher des Annener Jugendausschusses in der WZ-Redaktion an und fragte, ob sie an einem Beitrag interessiert sei, den zwei junge Mitarbeiter des Werks verfertigt hätten. Thema: Teilnahme an einem Soziallehrgang für Angestellte, Arbeiter und Beamte der Industrie und öffentlichen Verwaltungen, durchgeführt von der Evangelischen Sozialakademie Friedewald. Natürlich war die Redaktion interessiert. Sie hat deshalb den Bericht, den die beiden Mitarbeiter H. U. Gerst (techn. Zeichner-Lehrling) und H. Ottofickenstein (Schlosser) gemeinsam erarbeitet und den H. U. Gerst aufgeschrieben hat, abgedruckt.

Was ist eigentlich die Evangelische Sozialakademie? Als zentrale evangelische Sozialbildungsstätte in Deutschland wurde sie 1949 ins Leben gerufen. Ihre Entwicklungslinien gehen jedoch zurück auf den Evangelisch-Sozialen Kongreß (1890), die Kirchlich-Soziale Konferenz (1897) und die Evangelisch-Soziale Schule (1912), die 1933 ihre Pforten schließen mußte.

Die Akademie hat sich die Aufgabe gestellt, die spannungsvolle Tradition der kirchlichen Bemühungen um die soziale Problematik und die jungen Ansätze einer christlichen Durchdringung der industriellen Welt mit ihrem differenzierten Lebens- und Berufsgefühl zu vereinigen. Die Bildungsarbeit der Sozialakademie umfaßt deshalb den ganzen politischen Spannungsbogen der Gegenwart, ohne sich jedoch auf irgendeine Parteilinie einengen zu lassen, weder politisch-ideologisch noch weltanschaulich-ethisch. So ist es nur natürlich, daß man unter den Kursteilnehmern stets Vertreter aller Konfessionen, aller politischen Überzeugungen, aller Berufsschichten antrifft.

Seit Jahren schon entsendet die Ruhrstahl AG immer wieder Mitarbeiter ihrer Werke nach Friedewald – und noch jeder kam – trotz mancher vorher gehegter Vorurteile – mit dem Gefühl zurück, Neues gehört und Diskutiertes neu durchdacht zu haben. In Friedewald wird vorurteilslos diskutiert, werden Meinungen zu politisch-wirtschaftlichen Fragen freimütig ausgetauscht. Wenn der einzelne auch nicht immer mit den dargebotenen Meinungen einverstanden sein möchte, stets hatte er Gelegenheit, offen seine eigene Meinung zu vertreten. Noch jeder kehrte an seinen Arbeitsplatz zurück mit dem Urteil: Der Aufenthalt in Friedewald war jedenfalls ein persönlicher Gewinn.

Je mehr unserer Mitarbeiter im Laufe der Zeit an solchen Lehrgängen teilnehmen werden,

desto lebendiger wird auch die Diskussion der Mitarbeiter untereinander über alle interessierenden Gegenwartsfragen, desto aufgeschlossener wird die Betriebsgemeinschaft gegenüber den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen aber auch weltanschaulichen Problemen unserer Zeit. Wir brauchen heute das Gespräch untereinander; in Friedewald wird hierzu Grundlagenarbeit geleistet.

*

Und nun der Bericht von H. U. Gerst: Die Evangelische Sozialakademie in Friedewald veranstaltete Anfang dieses Jahres einen Soziallehrgang für junge Angestellte, Arbeiter und Beamte aus der Industrie und öffentlichen Verwaltungen. Ziel dieses Lehrgangs war, möglichst vielen Werk tätigen Wissen zu vermitteln – und ihnen die Gelegenheit zur Diskussion darüber zu geben, damit sie in ihrer Alltagsumgebung in der Lage sind, sich an der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens in dieser oder jener Form verantwortlich zu beteiligen. Wir waren 27 Lehrgangsteilnehmer, davon 7 junge Männer, die erst kürzlich aus der Sowjetzone geflohen waren. Wir waren Lehrlinge, Hilfsarbeiter, Facharbeiter und Betriebsräte aus der Industrie, Angestellte aus dem kaufmännischen wie dem technischen Bereich und aus der öffentlichen Verwaltung. Das Durchschnittsalter lag bei 23 Jahren. Wir nahmen an dem Lehrgang auf Kosten des Werkes teil, da man erfreulicherweise der Meinung war, daß gerade Vertreter der jungen Generation die Vielschichtigkeit der sozialen Probleme nicht nur aus der betrieblichen, sondern auch aus der geistigen Sicht sehen lernen sollten.

*

Unter der Leitung des Sozialsekretärs E. Ortman war von der Akademie ein außerordentlich vielseitiges Programm aufgestellt worden, das jedoch nicht nur betriebliche und allgemeine Sozialprobleme, sondern auch weltanschaulich-ethische Fragen zur Diskussion stellte. Ein Thema, das uns, die wir aus der betrieblichen Arbeitswelt kamen, naturgemäß besonders interessierte, war den menschlichen Beziehungen am Arbeitsplatz gewidmet. Im einführenden Vortrag wurde hierzu herausgestellt, daß besonders das Generationsproblem am Arbeitsplatz in hohem Maß das Betriebsklima bestimme. Auf unsere Frage: Was hat die Betriebsleitung, was haben aber auch die übrigen Vorgesetzten zu tun, um Produktionsziel und menschliche Anerkennung der Arbeiter möglichst in Einklang zu bringen, erbrachte die Diskussion folgende Antwort: Ein Vorgesetzter solle nicht nur großes fachliches Können aufweisen, sondern er müsse auch ein guter Pädagoge sein, der psychologisches Einfühlungsvermögen besitzt. Die Erfahrung vieler Lehrgangsteilnehmer zeigte allerdings, daß dies vielfach leider nicht der Fall ist. Hierzu ein Beispiel aus der Diskussion: Wechselt z. B. ein Arbeitnehmer seine Stellung, so nehmen dies die Vorgesetzten oft schlicht zur Kenntnis, ohne auch nur nach dem Grund des Stellungswechsels zu fragen. Wer „abwandert“, wird vielfach einfach als untauglich, arbeitsscheu oder gar als „Wandervogel des Wirtschaftswunders“ eingeschätzt. Gerade hier hätte die Betriebsleitung die Pflicht, den betrieblichen Vorgesetzten ein wenig mehr Fingerspitzengefühl nahezulegen. Einige Diskussionsteilnehmer waren aus eigener Erfahrung sogar der Ansicht, daß manche Betriebsleitung im Arbeitnehmer auch heute noch nur eine nummerierte Arbeitsmaschine sieht, zu deren Betätigung ein Knopfdruck genügt.

In der Aussprache zeigte sich besonders, daß solche Diskussionsteilnehmer, deren Vorgesetzte pädagogische Fähigkeiten aufwiesen, nicht über ein schlechtes Betriebsklima klagten, sondern vielmehr auf erhebliche Leistungssteigerungen in ihren Betrieben verweisen konnten. Einmütigkeit herrschte darüber, daß

es für jeden Betrieb vorteilhafter sei, einen schlechten Vorgesetzten zu verlieren als mehrere gute Facharbeiter.

Die Lehrgangsteilnehmer haben die negativen Beispiele aus der Betriebspraxis – in scherzhafte Form gekleidet – in zehn Punkte zusammengefaßt, die unter dem Titel „Wie wird man eine perfekte Betriebsnervensäge?“ in der Personalbeilage dieser Werkzeitschrift-Ausgabe abgedruckt sind. Dieses Zehn-Punkte-Programm gefiel einem Annener Betriebsleiter so gut, daß er es vervielfältigen und an seine Mitarbeiter verteilen ließ. So fördert man ein gutes Betriebsklima.

*

Ein weiteres interessantes Referat hielt Dr. Messedat vom Arbeitgeberverband in Köln, der einen Satz in seinem Vortrag benutzte, den er allen Arbeitgebern ins Stammbuch geschrieben wissen will: Sozial handeln heißt menschengerecht handeln! Als in der Diskussion verschiedene Teilnehmer eine solche Einstellung der Arbeitgeber bezweifelten, kontierte er: auch der Arbeitnehmer sollte an seinem Arbeitsplatz nicht nur Mensch, sondern auch Mitmensch sein. Viele von uns mußten zugeben, daß in den Betrieben vielfach Arbeitskollegen anzutreffen seien, die gegeneinander rücksichtslos und unkameradschaftlich handelten und nur das eine Ziel sahen: möglichst rasch viel Geld zu verdienen.

*

Ein Tag des Lehrgangs war einer Fahrt nach Bonn zur Besichtigung des Bundeshauses und einem Besuch – mit anschließender Diskussion – im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung gewidmet. Interessant war insbesondere ein kurzer Vortrag von Staatssekretär Clausen über die Aufgaben seines Ministeriums. Im Anschluß daran wurde außerordentlich heftig über Fragen der Krankenversicherung, die Zusammensetzung der Arbeitsgerichte und über Ursachen von Preissteigerungen diskutiert. Die heftigen Reaktionen der Diskussionsteilnehmer – gewissermaßen des Volkes Stimme – zeigten deutlich, daß man über die Zurückstellung der Krankenkassenreform verärgert war, daß man über die Subventionshilfe zur Schaffung neuer Arbeitsplätze aus Arbeitnehmersicht unzufrieden sei und daß man auch sonst mit der Arbeit des Bundesarbeitsministeriums in vielen Fragen nicht einiggehen könne. Aber ein Staatssekretär ist halt ein kluger Mann, den man so leicht nicht in die Enge treiben kann.

*

Mit einem Vortrag des Sozialsekretärs Ortman über die Probleme der sozialen Marktwirtschaft schloß der offizielle Teil des Lehrgangs. Bei der Diskussion dieses Themas zeigte sich, daß viele Lehrgangsteilnehmer als die entscheidenden Elemente einer solchen Wirtschaftsordnung eine partnerschaftliche Mitverantwortung und Mitbestimmung breiter Volksschichten am Wirtschaftsprozess ansehen und eine direkte oder indirekte Beteiligung an der wachsenden, gemeinsam erarbeiteten Vermögenssubstanz des Volkes erwarten.

*

Es war eine höchst lehrreiche Woche, in der in offiziellen Diskussionen, aber auch in „inoffiziellen“ Gesprächen am Abend Fragen gestellt und Probleme angerissen wurden, die jeden jungen Menschen, der an den aktuellen Geschehnissen der Gegenwart aktives Interesse zeigt, beschäftigen. Deutlich wurde ein gewisses Unbehagen mit bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Tatbeständen. Der Mensch kommt im Spannungsfeld seiner industriellen Umwelt zu kurz. Deshalb war man sich einig darin, daß sowohl auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseite noch viel getan werden müsse, um dem Arbeiter auch menschlich jene Anerkennung im Betrieb zu verschaffen, die ihn sich um so freudiger für das Produktionsziel einsetzen läßt.

Millimeter- arbeit mit dem Richt- hammer



Preßteile aus Blech, besonders wenn sie überwiegend nur in einer Richtung verformt sind, z. B. Längs- und Querträger, U-Profile oder Wellformbleche, kommen im allgemeinen nicht schon mit der vom Kunden gewünschten Maßgenauigkeit aus dem Preßwerkzeug. Je länger ein solches Teil ist oder je kleiner seine Materialstärke, desto geringer ist in der Regel auch seine Formstabilität. Deshalb spielen die Richtarbeiten im Anschluß an den Formgebungsprozeß in einigen Preßwerken eine wesentliche Rolle.

Wer in Brackwede den Preßbetrieb betritt, den empfängt metallischer Lärm. Männer, die vielleicht manchem Muskelprotz aus den illustrierten Ehrfurcht abverlangen könnten, stehen mit Hämmern verschiedenen Kalibers an den Richtplatten. Mächtig ausholend schwingen die Richtarbeiter ihre Werkzeuge gegen Stahlträger, Profile und andere Werkstücke.

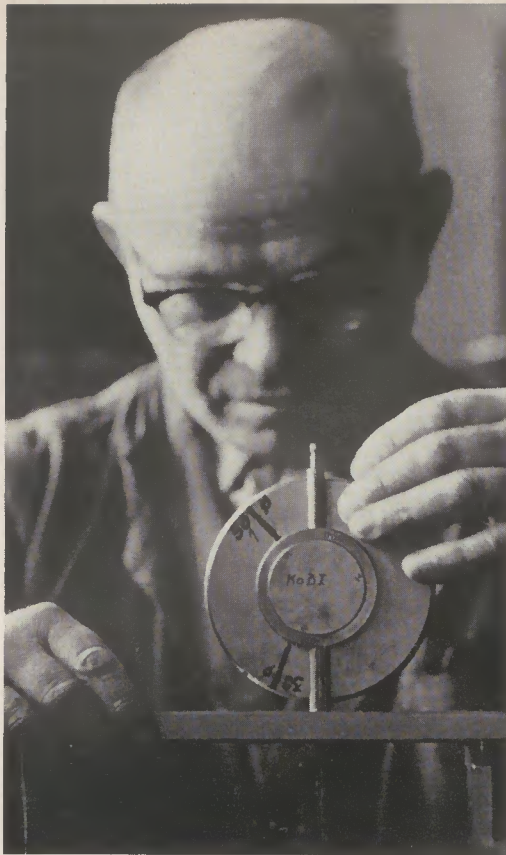
Die meisten Laien denken bei diesem Anblick dasselbe: „Grobschmiede-Arbeit!“ – und sie ahnen nicht, wie sehr sie sich doch irren.

Abseits vom großen Schlagzeugkonzert der Richtarbeiter sitzen nämlich zur gleichen Zeit andere Männer am Mikroskop und kontrollieren stählerne Meßsteine oder prüfen Mikrometeruhren auf ihre Maßgenauigkeit, bauen Arbeitslehren für bestimmte Werkstücke zusammen und legen Stahllineale zurecht: Handwerkzeuge für die ständige Produktionskontrolle, bei der auch das Ergebnis der Richtarbeiten oft auf den Bruchteil eines Millimeters genau nachgemessen und in Meßtabellein eingetragen wird.

*

Wie stark bei einem guten Richtarbeiter geballte Kraft mit feinem Materialgefühl gepaart sein müssen, wird vielleicht am besten deutlich, wenn man sich die Kundenwünsche zur Maßgenauigkeit mancher Preßteile vergegenwärtigt. Wellformbleche zum Beispiel dienen der Asbest-Zementplatten-Industrie als Formen für die Herstellung der gewellten Platten, die uns von den Dächern vieler Fabrikhallen und Lageräume her bekannt sind. Sie müssen als For-

Richtarbeiter: Kraft und Materialgefühl



Prüfung der Meßlehre

men für einheitliche Bauelemente genau zueinander passen und erfordern deshalb kleine Toleranzen (Beispiel: Blechlänge 2000 ± 2 mm, Blechbreite $975 \pm 1,5$ mm, Wellenabstand $177 \pm 0,5$ mm, Wellentiefe $51 \pm 0,6$ mm). Daher werden empfindliche Feiblechteile übrigens auch nur mit Gummihämmern gerichtet.

Auch Längsträger, die jährlich zu tausenden unser Werk verlassen und für die Rahmen von Lastkraftwagen und Omnibussen verwendet werden, dürfen über ihre gesamte Länge von oftmals 8 bis 12 m nur wenige Millimeter von ihren Zeichnungsmaßen abweichen. Es gehört schon ein gutes Augenmaß und Erfahrung



Nuancierte Hammerschläge

dazu, diese Toleranzanforderungen schnell und sicher zu erfüllen.

*

Wer einmal versuchen sollte, ein verformtes Stück Blech mit wenigen Hammerschlägen nach seinen Wünschen genau zu richten, oder auch nur einen stark verbogenen Nagel wirklich gerade zu bekommen, der wird begreifen, daß die Arbeit an der Richtplatte kein Gelegenheitspöstchen ist, sondern qualifizierte Leistungen verlangt. So sind die meisten guten Richtarbeiter in unserem Preßbetrieb bereits 5 bis 10 Jahre in diesem Beruf tätig.

Wie in fast allen Berufen, so werden auch hier



Genaueres Augenmaß

Einfühlungsvermögen und Verstand zunehmend wichtiger als rohe Muskelkraft. Viele grobe Richtarbeiten, die in der Vergangenheit oft äußerster körperlicher Anstrengungen erforderten, werden nämlich schon heute in Richtmaschinen durch den bekannten Druck aufs Knöpfchen bewältigt. Die geballte Kraft übernimmt die Maschine, das Materialgefühl muß jedoch nach wie vor ihr Steuermann mitbringen. Die letzten Feinheiten werden aber wohl auch in Zukunft noch lange der Handfertigkeit des Richtarbeiters überlassen bleiben, nicht selten im Wettstreit mit den Zeigern der Mikrometeruhren.

Dr. Urbanczyk, Brackwede

Wellformbleche: nur kleine Toleranzen zulässig



Henrichshütte

Blick in den Gasometer

Wer von der Bundesstraße 51 aus einen Blick über die Ruhr wirft, sieht einen großen grünen Gasometer mit der weißen Aufschrift: Ruhrstahl AG Henrichshütte. — Betriebstechnische Anlage und zugleich überdimensionierte Werbefläche.

Unser Gasometer ist aus dem Bild der Hütte nicht fortzudenken, und man könnte meinen, bei der Größe wäre Gasmangel nie zu befürchten. Bedenkt man aber, daß die 100 000 cbm Gas, die der Behälter faßt, nur etwa der 40ste Teil der Menge ist, die an einem Tage auf der Hütte erzeugt und verbraucht wird, so merkt man schon, daß — so gesehen — 100 000 cbm Gas gar keine so große Reserve darstellen.

Der Gasometer, in dem auf der Henrichshütte nur mit Hochofen-(Gicht-)Gas gearbeitet wird, hat zwei Aufgaben zu erfüllen: 1. dient er zur Gasspeicherung und 2. hat er für gleichmäßigen Druck im Gasleitungsnetz zu sorgen.

Unser Scheibengasometer — es gibt auch Glocken- und Kugelgasbehälter — ist ein großes Prisma mit 72 m Höhe und 44 m Durch-

messer. Seine Grundfläche bildet ein regelmäßiges 20-Eck. In diesem Gefäß befindet sich eine horizontale Scheibe — ebenfalls ein 20-Eck —, die sich je nach Füllung vom Boden bis zur Decke des Gasometers heben kann. Die Scheibe ist gegen die Wandung abgedichtet mit Teeröl, das über den Rand einer „Tasse“ gegen die Wandung überläuft, an den Behälterwänden herabrieselt und sich auf dem Boden sammelt. Das Öl — es sind im ganzen etwa 65 t — wird ständig durch 5 Pumpen vom Boden wieder 72 m hinaufgepumpt und wiederholt den Kreislauf. Damit ist gewährleistet, daß der Raum oberhalb der Scheibe stets gasfrei ist. Durch eine Belüftungsvorrichtung steht dieser Raum obendrein mit der Außenluft in Verbindung.

Der Gasometer ist jetzt fast 26 Jahre alt. Einer der Männer, die schon bei seinem Bau dabei waren, der Schlosser Berg, ist seither — mit Ausnahme der ersten Nachkriegsjahre — einer seiner Wärter.

Das Gichtgas der Hochofen mit 900–1000 WE je cbm (Kokerei-[Fern-]Gas hat ca. 4000 WE/cbm)

ist ein bedeutsamer Faktor in der Energiewirtschaft unserer Hütte. Etwa ein Drittel des mehrfach vom Gichtstaub gereinigten Gichtgases braucht das Hochofenwerk selbst zur Erzeugung des Gebläsewindes und zu dessen Erhitzung. Rund ein Viertel der anfallenden Gasmenge wird zur Erzeugung von elektrischem Strom verwendet, z. T. direkt in Gasdynamos, z. T. über Dampfkessel-Turbogeneratoren. Der Rest des Gases dient zur Beheizung der Wärmöfen, der Glüh- und Vergütofen sowie der Trockenöfen.

Neben dem Gichtgasnetz besitzt die Hütte noch ein ebenso ausgedehntes Ferngasnetz.

Die Planung für den Bau des Gasometers in den Jahren 1934/35 wurde in enger Zusammenarbeit der Wärmestelle, des Maschinenbetriebes und der Neubaubteilung vorgenommen, wobei ausschlaggebend war, den Inhalt des Gasometers so zu bemessen, daß bei Störungen in der Gichtgasversorgung der Gasbedarf der Betriebe über den Zeitraum einer Stunde aus dem Gasometer gedeckt werden konnte.

Wichtig war in diesem Zusammenhang, daß bei dem damaligen Betrieb von nur einem Hochofen die Gasversorgung besonders anfällig war, so daß der Gasometer bei Ausfall der Gasversorgung infolge Störung am Hochofen besonders wertvolle Dienste leisten konnte und manche Störung überbrücken half. Diese Funktion versieht der Gasometer auch heute noch, nur mit dem Unterschied, daß er infolge der in den letzten Jahrzehnten vorgenommenen Erweiterung der Werksanlagen, verbunden mit den dazugehörigen gichtgasgefeuerten Öfen, nicht mehr als Reserve über einen so großen Zeitraum, wie seinerzeit geplant, dienen kann. Jedoch ist die Gasversorgung beim Betrieb von zwei Hochofen besser gesichert, so daß Störungen in der Gasversorgung verhältnismäßig selten auftreten. Im allgemeinen wird bei frühzeitig angesagtem Hochofenstillstand der Gasometer hochgefahren, um für die Zeit der Störung den ganzen Inhalt zur Verfügung zu haben. Bei längeren Störungen sind wir allerdings gezwungen, die Öfen der Betriebe nach einer bestimmten Reihenfolge auf Ferngas umzustellen, was in der Regel reibungslos vonstatten geht, wobei vorher das Kesselhaus von Gas auf Kohle umgestellt wird. Um die Umstellung der Öfen von einer Gasart auf die andere vornehmen zu können und den gesamten Ofenbetrieb störungsfrei zu führen, sind alle Öfen für beide Gasarten eingerichtet; die Schmelzöfen im Stahlwerk werden mit Öl gefahren; sie können jedoch auch alternativ auf Ferngas umgestellt werden.

Die Steuerung des Gasometers erfolgt durch die zentrale Gasverteilung nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage; hier wird auch der jeweilige Gasometerstand registrierend durch Fernübertragung aufgezeichnet.

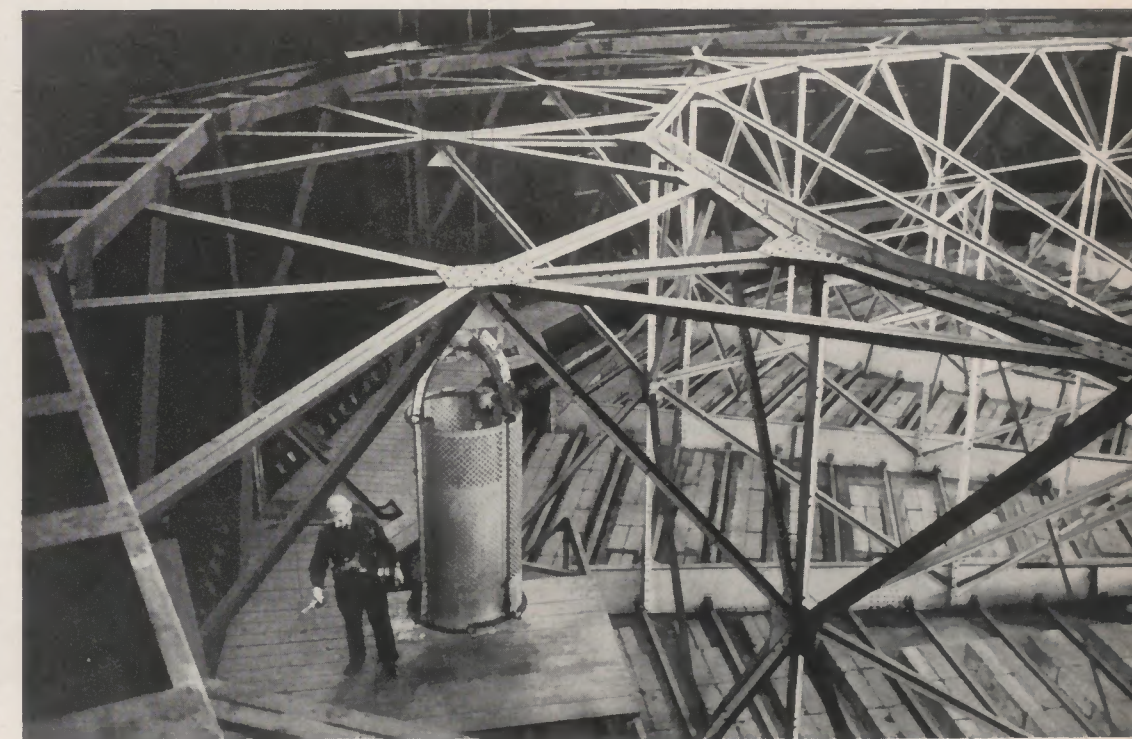
Die Wärmestelle ist für die gesamte Gasversorgung der Henrichshütte verantwortlich; für einen reibungslosen Betriebsablauf sorgen die zentrale Gasverteilung und der Maschinenbetrieb.

Ritz, Henrichshütte



Der Ölstand wird nachgemessen ▲

Der CO-Gehalt der Luft wird überprüft ▼



Feuerwehr stets einsatz- bereit

Der Verband der Sachversicherer in der Bundesrepublik gibt für das Jahr 1959 eine Gesamtfeuerschadenssumme von 400 Mill. DM an. Diese Zahl ist alarmierend, zumal wenn man bedenkt, daß diese Summe ausreichen würde, sämtliche Versorgungseinrichtungen einer mittleren Stadt zu erbauen. Der Vergleich zeigt, ein wie großer Teil unseres Volksvermögens – im wesentlichen durch Unachtsamkeit – jährlich vernichtet wird.

Auch die Brandursachen in der Industrie sind in den meisten Fällen auf mangelnde Vorsicht beim Schweißen, Schneiden, Löten oder ähnlichen Arbeiten zurückzuführen.

*

Schon mehrfach wurde festgestellt, daß die mit Schweißarbeiten beauftragten Schweißer und Schlosser im allgemeinen zu wenig auch auf die in der Nähe der Schweißstelle herumliegenden brennbaren Materialien – wie etwa Holz, Abfälle, ölige Putzwolle, aber auch Staub u. ä. – achten; sie sehen zumeist nur dort eine Gefahr, wo ausgesprochen feuergefährliche Stoffe lagern. Es ist aber unerlässlich, bei Schweiß-, Schneid- und Lötarbeiten an alle damit verbundenen Brand- und Explosionsgefahren zu denken!

Die Hauptursachen für Brand- und Explosionsgefahren sind immer wieder:

- abspringende, glühende Schweißperlen,
- die hohen Temperaturen der Schweiß- und Löfflammen,
- die unvermeidliche Wärmeleitung erhitzter Metalle,
- Brandgefahren an den Schweißapparaten selbst.

*

In der Unfallverhütungsvorschrift der Berufsgenossenschaft (VGB 15) „Schweißen, Schneiden und verwandte Arbeitsverfahren“ ist gemäß § 8, Abs. 1 und 2, folgendes festgestellt:

1. In Räumen, in denen leicht entzündliche Stoffe be- oder verarbeitet oder gelagert werden, ferner in explosionsgefährdeten Räumen, ist vor Beginn der Arbeiten im Sinn des § 1 die Feuer- oder Explosionsgefahr zu beseitigen.
2. Läßt sich die Feuer- oder Explosionsgefahr in den genannten Räumen aus betriebstechnischen Gründen nicht restlos beseitigen, so dürfen die Arbeiten im Sinne des § 1 nur mit schriftlicher Genehmigung des Betriebsleiters oder dessen Beauftragten und nur unter Aufsicht durchgeführt werden. Die anzuwendenden Sicherheitsmaßnahmen sind in der Genehmigung schriftlich festzulegen.

*

Trotz ständig durchgeführter Schulungen und immer wiederholter Hinweise an unsere Mitarbeiter ereigneten sich im Jahre 1960 auf der Henrichshütte 374 Kleinbrände, die allerdings überwiegend mit Handfeuerlöschern von Be-

Blinder Alarm: Löschübung am Feuerwehrturm



**Feuerwache Heinrichshütte:
Werkstelefon: 5800**

legschaftsmitgliedern erfolgreich bekämpft werden konnten. Fast ausnahmslos waren die Brandobjekte ölige Putzwolle, Fett und sonstige Abfälle.

Um diese verhältnismäßig hohe Zahl der Kleinbrände auf ein Mindestmaß zu senken, ist es unbedingt erforderlich, folgende Punkte stets genauestens zu beachten:

- Das Rauchen sowie der Umgang mit Feuer und offenem Licht ist in feuer- und explosionsgefährdeten Räumen grundsätzlich verboten.
- Gebrauchte Putzwolle, Putzlappen usw. sind in dicht schließenden Blechbehältern aufzubewahren und nach Betriebsschluß an einen geeigneten Platz ins Freie zu schaffen.
- Brennbare Flüssigkeiten, Lacke usw. dürfen nur in den dafür vorgesehenen Räumen gelagert werden; Entnahmen dürfen nur im Rahmen eines Tagesbedarfs erfolgen.
- Bei Betriebsschluß sind ölige Metallspäne nicht an den Maschinen zu lagern, sondern in die dafür vorgesehenen Behälter zu schaffen.
- Staubansammlungen auf Trägern, Kranbahnen, Heizkörpern – insbesondere in Holz verarbeitenden Betrieben – müssen vermieden werden.
- Das Verbrennen von Materialien an Gebäuden, Holzlagern usw. ist zu unterlassen.
- Azetylenflaschen dürfen nicht der Wärme und Sonnenstrahlen ausgesetzt werden. Bei Montagearbeiten muß die Lagerung dieser Flaschen so vorgenommen werden, daß der Flaschenkopf 40 cm höher liegt als die Oberkante des Flaschenfußes; im übrigen gehören die Flaschen in die dafür vorgesehenen Haltevorrichtungen.
- Bei der Verwendung von Sauerstoff ist unbedingt darauf zu achten, daß Armaturen, Schläuche usw. unbedingt von Öl und Fett freigehalten werden.
- Bei Schweiß-, Schneid- und Lötarbeiten an Gefahrenstellen ist unbedingt ein Feuerschutz-

Azetylen birgt Explosionsgefahr

Leider müssen wir am Ende eines jeden Jahres immer wieder feststellen, daß unter den von der Hüttenfeuerwehr bekämpften Bränden auch stets einige Azetylenflaschen-Brände zu verzeichnen sind. Diese Brände hätten vermieden werden können, wenn man die Vorschriften der Berufsgenossenschaft genau beachtet hätte. Es zeigte sich, daß die Brände zumeist durch Flammenrückschläge oder durch Undichtigkeiten an Armaturen verursacht wurden. Der folgende Unfall, der sich im November 1958 in einem benachbarten Hüttenwerk ereignete, gibt Veranlassung, nochmals zu größter Vorsicht zu mahnen:

Die Feuerwehr des Hüttenwerkes X wurde zum Brand einer Azetylenflasche, an einer 6 km entfernten Stelle, gerufen. Die Brandbekämpfung erfolgte bis zum Eintreffen der Feuerwehr mit einem Handfeuerlöscher. Die Zeit der Brandentstehung war nicht bekannt. Explosionsursache: fortgeschrittene Azetylenzersetzung. Die Folgen der Explosion: Drei Tote (ein Brandmeister, ein Feuerwehrmann, ein Werksschutzmann) und 21 Verletzte (davon sechs mit sehr schweren Verbrennungen) neben hohem Sachschaden.

Dieser Vorfall sollte allen, die mit Azetylen arbeiten müssen, ein warnendes Beispiel sein. Von allen Gasarten ist das Azetylen, da es

posten mit den entsprechenden Löschgeräten bei der Feuerwache anzufordern.

- Wege, Einfahrten, Treppen und Aufstiege müssen freigehalten werden, um der Feuerwehr im Brandfall einen schnellen Einsatz zu ermöglichen.

In diesem Zusammenhang soll darauf hingewiesen werden, daß sämtliche Feuerlöscheinrichtungen gut zugänglich aufbewahrt und

**Feuerwache Annener Gusstahlwerk:
Werkstelefon: 7133**

pflöglich behandelt werden müssen. Jeder benutzte Handfeuerlöscher ist zur Wiederauffüllung sofort der Feuerwehr zuzustellen. Die Benutzung von Branddecken und sonstigen Löscheinrichtungen ist umgehend der Feuerwache zu melden.

*

Jedes Belegschaftsmitglied muß unbedingt wissen, wo das nächste Telefon ist und wo sich die nächsten Feuerlöscheinrichtungen befinden. Zur Brandmeldung sei noch vermerkt, daß jeder, der den Ausbruch eines Brandes bemerkt, verpflichtet ist, dieses der Feuerwehr so rasch wie möglich zu melden und dann sofort mit den

**Feuerwache Presswerke Brackwede:
Werkstelefon: 222**

Löschversuchen zu beginnen. Grundsatz: Erst den Brand melden, dann bekämpfen! Ruhe bewahren!

Die Brandmeldung muß knapp und klar abgefaßt sein – aber folgende genaue Angaben enthalten: Wo entstand der Brand? Was brennt? Wieviel Verletzte? Menschenrettung geht stets vor Brandbekämpfung! Wenn diese Regeln beachtet werden, können unnötige Zeitverluste vermieden werden.

Die Brandverhütung ist ein Teil der Unfallverhütung. Auch für sie gilt deshalb das Motto: Unfallverhütung ist Gemeinschaftsarbeit.

Korn, Heinrichshütte

außerordentlich leicht entzündlich und explosiv ist, eines der gefährlichsten Gase.

*

Was ist Azetylen? Azetylen – eine Verbindung von Kohlenstoff und Wasserstoff – ist ein farb- und geruchloses Gas; der Geruch des technischen Azetylens stammt von Verunreinigungen mit Phosphor-Wasserstoff. Gewonnen wird Azetylen aus Kalziumkarbid durch Zersetzung mit Wasser.

Physikalische Daten und Eigenschaften des Azetylens: Spezifisches Gewicht bezogen auf Luft ($\rho = 1$) = 0,91; Explosionsgrenzen: 2–80 Vol.%; Entzündungstemperatur: oberhalb 335°C; Flammentemperatur: 1900°C; Sauerstoffazetylenflamme: 3000°C.

Brenntechnische Eigenschaften: Azetylen ist von allen Gasarten das leichtest entzündliche und zudem das explosivste Gas. Es hat einen großen Explosionsbereich; seine stärksten Explosionen liegen zwischen 8–9 (7–11) Vol.% Azetylengehalt. Ein Schlag, Stoß oder Funke genügen zur Entzündung.

Die Werksfeuerwehr verweist an dieser Stelle noch einmal darauf, daß die Vorschriften der Berufsgenossenschaft für den Umgang mit Azetylen genauestens beachtet und eingehalten werden müssen. Jede fahrlässige Außerachtlassung dieser Vorschriften bringt größte Gefahren mit sich und kann u. U. tödliche Folgen haben. Wer gegen die Vorschriften verstößt, gefährdet überdies nicht nur sich selbst, sondern auch andere. Daß die Feuerwehrmänner derartige – im Grunde vermeidbare – Explosionsbrände nur unter Einsatz ihres Lebens bekämpfen müssen, soll hier nicht unerwähnt bleiben.

K-n, Heinrichshütte

Werksarzt

Behandlung von Brandwunden

Die menschliche Haut ist in erster Linie Schutzorgan gegenüber schädigenden Einflüssen unserer Umwelt. Jedoch Hitzeeinwirkung, etwa durch Brand, Explosion und dergleichen, führt vielfach zu schweren Schädigungen unseres Hautgewebes. Dabei ist oft von lebenswichtiger Bedeutung die Eindringtiefe der Hitze in Haut, Unterhautzellgewebe und die darunter liegenden Organe, wie Muskulatur, Knochen usw. Eine noch größere Rolle aber spielt der Umfang der Verbrennung. Werden nämlich größere Teile der Körperoberfläche verbrannt, so entsteht in den Verbrennungsbezirken ein Giftstoff, der einen gefährlichen – oft tödlichen – Einfluß auf unser Herz- und Kreislaufsystem haben kann; außerdem findet ein für den Körper schädlicher Gewebswasserungsverlust statt. Eine bestimmte Beziehung zwischen der Größe der Verbrennungsfläche und einer akuten Lebensgefahr ist allerdings nur schwer herstellbar, da einmal die individuelle Verträglichkeit schwankt, andererseits die Intensität und Tiefe der Verbrennung eine Rolle spielt. Jedenfalls besteht bei Verbrennungsschäden etwa eines Drittels der Körperoberfläche im allgemeinen schon eine erhebliche Gefahr für Gesundheit und Leben.

Für die Beurteilung des Schweregrades und der Intensität einer Verbrennung wurden verschiedene Verbrennungsgrade festgelegt. Hautrötung, Jucken und Brennen (etwa wie beim Sonnenbrand): Verbrennung 1. Grades; Blasenbildung der Haut mit Ausscheidung von klarer Gewebsflüssigkeit: Verbrennung 2. Grades; Verbrennung 3. Grades: schwere Schädigungen des Körpergewebes mit Zerfall, Absterben oder Verkohlung.

*

Die Erste Hilfe bei Verbrennungen ist relativ einfach. Völlig falsch ist die Anwendung von Mehl als Brandpuder; noch schlimmer das Aufschmieren irgendwelcher Fette, Öle und Salben auf die Verbrennungsfläche. Diese leider noch häufig geübten aber völlig falschen Maßnahmen führen oft zu einer Infektion und Vergrößerung der Brandflächen. Brandblasen sollen nie durch Laien geöffnet werden. Nur der Arzt darf größere Brandblasen steril und instrumentell öffnen. In jedem Fall richtig ist der keimfreie Verband, in leichteren Fällen ausnahmsweise auch die Brandbinde. Bei größeren flächenhaften Verbrennungen ist das Einschlagen in keimfreie Tücher vorteilhaft. Bei der Bergung von Brandverletzten ist Selbstschutz durch Anfeuchtung der eigenen Kleidung Voraussetzung. Brennende Kleidungsstücke müssen nach Ersticken der Flammen (durch Ausschlagen oder Wälzen auf dem Boden) schnellstens entfernt werden. Unter keinen Umständen darf man Brennende laufen lassen, da sonst der Brand durch Luftzufuhr weiter angefacht wird. Festklebende Kleidungsstücke sollten nicht mit Gewalt entfernt werden.

In jedem Fall ist schleunige Überführung in ärztliche Behandlung notwendig. Bei größeren Verbrennungsflächen ist es nach Ersticken des Brandes oft besser, keine – als eine falsche – Maßnahme zu ergreifen. Schneller Transport in ärztliche Behandlung – nach fachgerechter richtiger Erster Hilfe – führt durch Anwendung moderner Arznei- und schmerzlindernder Mittel zu einem guten Heilverlauf. Großflächige Verbrennungen erfordern übrigens in jedem Fall eine Krankenhausbehandlung; durch die Giftwirkung der Eiweiß-Zerfallstoffe im Körper und durch den Flüssigkeitsverlust des Körpergewebes tritt nämlich regelmäßig eine echte ernste Krankheit, die Verbrennungskrankheit, auf.

Dr. med. Grub, Heinrichshütte

...nach Leipzig zur Messe

Fortsetzung von Seite 10

konferenz am 7. März behauptete allerdings der Zonenminister Rau auf die Frage eines westdeutschen Pressevertreters: „Unser Ziel, Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung einzuholen, ist bereits erreicht; davon spricht man bei uns schon gar nicht mehr. Der Fleisch- und Butterkonsum bei uns liegt – pro Kopf gerechnet – bereits über dem Westdeutschlands.“ Wirklichkeit und Propaganda.

*

Wer Dresden, das berühmte und vielgeliebte Elbflorenz, aus der Zeit vor der Zerstörung kennt, wird sich in dieser sächsischen Kultur- und Industriemetropole – besonders im Zentrum – heute nicht mehr zurechtfinden. Die furchtbaren Wunden, die dieser Stadt in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 durch alliierte Terrorangriffe geschlagen wurden, sind noch lange nicht vernarbt: Die Prager Straße, einst die vielgerühmte Einkaufsstraße zwischen Hauptbahnhof und Altmarkt, ist heute nicht mehr als eine breite Verkehrsader.

Nach der Rückgabe der herrlichen Dresdener Kunstschatze durch die Sowjets 1955 und 1958 können hier auch wieder die einmaligen Kunstsammlungen der Öffentlichkeit gezeigt werden: Publikumslied Nr. 1 der Gemäldegalerie ist noch immer die „Sixtinische Madonna“ von Raffael. Die sehenswerten Porzellansammlungen, das historische Museum, das Kupferstichkabinett, alles ist wieder in den Räumen des Zwingers untergebracht.

Die Brühlsche Terrasse – oberhalb des Elbufers – lockt auch heute noch zum Flanieren; die katholische Hofkirche, ein Juwel des Kirchenbarock, ist wiedererstanden. Das Schloß der Kurfürsten und Könige von Sachsen aber ist noch immer eine gewaltige Ruine, in der das Unkraut, ja Büsche und Bäume aus den Fensterhöhlen wachsen.

Ein bleibendes Mahnmal für die Zerstörung der Stadt: die Ruine der Frauenkirche, jenes Barock-Kuppelbaus, der einst Wahrzeichen der Stadt gewesen ist. Vor den Trümmern steht – wieder auf sein steinernes Podest gehoben – das Standbild Martin Luthers. Seine Hand deutet auf die Bibel. Sein Blick richtet sich in Fernen, die nichts von sozialistischer Namens-

das Geschehen in jenem anderen Deutschland, in dem noch 17 Millionen Deutsche leben, unfrei, politisch entmündigt.

Hier einige Schlagzeilen: „Mehr Vollmachten für Ulbricht“, „Flüchtlingsstrom aus der Zone: Anklage gegen Ulbricht“ (Untertitel: Im Februar 1961 kamen mehr als 13 000); oder: „Die Stahlarbeiter der Zone werden angetrieben“, „Pankows Autarkie-Rummel“, „Die Zone hungert nach Stahl“. Oder zum Thema „Umerziehung zum Sozialismus“: „Ist die Intelligenz der Sowjetzone gekauft?“, „Jugend der Zone scheut Politik“, „Die Jugend fünfzehn Jahre umsonst geschult“. Und noch eine Überschrift zu einer Meldung aus der Sowjetzone, die den ganzen Zynismus der Zonenregierung deutlich macht: „Arbeitskraft-Reserven aus Zonen-Gefängnissen“ (Untertitel: „Landesvater“ Ulbricht will sich beliebt machen – Amnestie dient den Produktionsplänen). Diese Meldungen, die in den letzten zwei Monaten in den seriösesten westdeutschen Tageszeitungen erschienen sind, beruhen auf sorgfältigen Informationen. Sie geben uns Kunde aus einem Teil Deutschlands, dem wir uns brüderlich verpflichtet fühlen müssen, heute mehr denn je.



Leipzig: Ruhrstahl-Messestand am Eröffnungstag

Kein Haus säumt ihre Bürgersteige. Auf dem eingeebneten Ruinenfeld wuchsen in den letzten zwei Jahren – fast willkürlich zueinandergeordnet scheinende – abgrundtiefliche Häuserblocks empor; Wohnungen für Tausende. Auf genossenschaftlicher Basis rackern sich Männer, Frauen und Kinder in freiwilligen Aufbau-schichten nach Feierabend ab. Nur so können die Baupläne halbwegs erfüllt werden.

Den Altmarkt, einst das Herz der Stadt, beherrschen heute einige gewaltige Häuserblocks mit Ladenkolonaden, Cafés, Restaurants und Wohnungen. Diese Häusertypen findet man heute in allen repräsentativen Städten der Zone: etwa in Magdeburg, Leipzig, Halle und nicht zuletzt auf der Stalin-Allee in Ost-Berlin. Das architektonische Vorbild dieser steingewordenen Monstren: der Moskauer Zuckerbäckerstil der stalinistischen Ära.

Noch immer aber harrt die Dresdener Bevölkerung des oft versprochenen Wiederaufbaus der Semper-Oper. Auf dem zugemauerten Portal dieses einst weltberühmten Opernhauses steht geschrieben: Dresden plant und baut.

Viel Sorgfalt hat man dagegen für die Wiederherstellung des wohl berühmtesten Dresdener Bauwerks, für den Zwinger, den unvergleichlichen Barockbau Pöppelmanns, aufgewendet.

gebung (an Stelle der Taufe), von Jugendweihe (an Stelle der Konfirmation) oder sozialistischer Bestattung (an Stelle eines christlichen Begräbnisses) wissen.

6060 evangelische und 1433 katholische Seelsorger versehen noch in der Zone ihr immer schwerer werdendes Amt. „Hier in der Zone hat der Geistliche noch eine Aufgabe zu erfüllen, die an die Frühzeit der Kirche erinnert“, sagte uns ein evangelischer Pfarrer.

*

Als wir wenige Tage später wieder in Westdeutschland waren, löste es sich wie ein Alpdruck von uns. Selbst die fast einer Wildwest-Kneipe gleichende Autobahnraststätte Helmstedt hatte mehr Behaglichkeit als das protzige „Café Prag“ im „sozialistischen Zentrum“ Dresdens.

Aber wie wenige Westdeutsche kennen die Realität des Zonenalltags aus eigener Anschauung – können aus eigenem Erleben vergleichen zwischen „hüben“ und „drüben“? Selbst unsere flüchtige Interzonenreise – bereits die sechste seit Kriegsende – vermochte uns nur einzelne Eindrücke zu vermitteln, aber sie bleiben haften.

Doch Tag für Tag berichtet unsere Presse über

Ruhrfestspiele 1961

Recklinghausen rüstet für die 15. Ruhrfestspiele, die vom 31. Mai bis zum 16. Juli stattfinden werden. Überschaubar man das Programm, so hat man den Eindruck, als sei der Rahmen noch weiter gesteckt als in den Vorjahren.

Fünf Theateraufführungen bekannter westdeutscher Schauspielhäuser und eine groß angelegte Eigeninszenierung der Ruhrfestspiele bilden den Kern dieses alljährlichen Kunstfestivals für die Menschen im Ruhrgebiet.

Zunächst das Theaterprogramm:

1. „Wallenstein“ von Friedrich Schiller (Regie Heinrich Koch), die Eigeninszenierung, wird sämtliche drei Teile – „Wallensteins Lager“, „Die Piccolomini“ und „Wallensteins Tod“ – zu einer einzigen Aufführung zusammenraffen.
2. Das Bayerische Staatsschauspiel bringt Jean Anouilhs „Becket oder Die Ehre Gottes“ (Regie: Roland Piétri).
3. Das Berliner Schillertheater zeigt „Raskolnikoff“ von Leopold Ahlsen nach Dostojewski (Regie: Prof. Willi Schmidt).
4. Das Berliner Theater am Kurfürstendamm wird Goethes „Der Groß-Cophta“ (Regie: Gustav Manker) aufführen.
5. Das Deutsche Schauspielhaus Hamburg gastiert mit Dieter Waldmanns „Von Bergamo bis morgen früh“ (Regie: Gustaf Gründgens).
6. Die Bühnen der Stadt Köln werden Georg Büchners „Woyzeck“ (Regie: Oskar Fritz Schuh) und die „Geschichte vom Soldaten“ von Strawinsky (musikalische Leitung: N. Caribis, Regie: Hans Bauer) aufführen.

Das bereits zur Tradition gewordene europäische Gespräch, veranstaltet vom Deutschen Gewerkschaftsbund (5.–10. Juli), verspricht – wieder unter der bewährten Leitung von Prof. Eugen Kogon – ein zeitkritisches Podiumsgespräch bedeutender Geisteswissenschaftler; Thema: Sachverstand und Politik in der Demokratie.

Einen Akzent besonderer Art setzen in diesem Jahr die Kulturtage der Gewerkschaftsjugend (24. Juni bis 8. Juli), die mit Tanz, Kabarett, Laienspiel, Jazzkonzerten, Film- und Fernsehdiskussionen ein komplettes Programm innerhalb der Ruhrfestspiele bieten.

Im Rahmen eines musikalischen Programms sehen die Ruhrfestspiele drei Sinfoniekonzerte vor, die das Westfälische Sinfonieorchester durchführen wird.

Last not least: „Polarität“ – eine Kunstausstellung, die das einer Ordnung unterworfenen Apollinische und das sich im Schaffensrausch als das Dionysische in der Kunst Darstellende in Kunstwerken aus den letzten 150 Jahren gegenüberstellen will.

Wahrlich, ein kompaktes, ein anspruchsvolles Programm für den schaffenden Menschen an Rhein und Ruhr. Wir werden noch eingehend über die Ruhrfestspiele berichten.

4

APRIL

1961

ruhrstahl

Beilage zur Werkzeitschrift für die Mitarbeiter der Ruhrstahl Aktiengesellschaft

**Personal-
nachrichten**

Personal- nachrichten aus den Betrieben

Ernennungen

Henrichshütte (am 1. März 1961)

Helmar Lange (Stahlwerk) wurde zum stv. Stahlwerkschef ernannt

Heinz Schneider (Stahlwerk) wurde zum Meister ernannt

Henrichshütte (am 1. April 1961)

Hans Rodenkirchen (Verkauf Inland) wurde zum Handl.-Bev. ernannt

Josef Gründker (Z.Arbeitsvorb.) wurde zum Oberingenieur ernannt

Annener Gussstahlwerk
(am 1. März 1961)

Leo Lindner (WM Bau Montage) wurde zum Meister ernannt

W. Rathmann (WM Bau Montage) wurde zum Meister ernannt

Pensionierungen

Henrichshütte (zum 31. März 1961)

Gustav Eimann (Kostenabteilung), Sachbearbeiter, Erreichung der Altersgrenze

Josef Flosbach (Bauabteilung), Platzmeister, Erreichung der Altersgrenze

Wilhelm Kauermann (Elektrowerkstatt), Meister, Erreichung der Altersgrenze

Walter Kilfitt (Werksbahn), Rechnungsführer, Erreichung der Altersgrenze

Robert Keikott (Werksbahn), Schlosser, Invalide

Wilhelm Bredtmann (Stahlwerk), Blockputzer, Erreichung der Altersgrenze

Hermann Jung (Elektrowerkstatt), Hilfsarbeiter, Invalide

Paul Verführt (Elektrowerkstatt), Schaltwart, Invalide

Wilhelm Vahrenholt (Instands.-Werkstatt), Dreher, Invalide

Karl Stoffer (Eisengießerei), Vorarbeiter, Erreichung der Altersgrenze

Wilhelm Stämmler (Stahlwerk), Blockputzer, Invalide

Otto Marx (Eisengießerei), Putzer, Erreichung der Altersgrenze

Wilhelm Höltermann (Walzwerk II), Kranführer, Erreichung der Altersgrenze

Heinrich Kogelheide (Hammerwerk), Verwiegler, Erreichung der Altersgrenze

Anton Wegener (Werkschutz), Pförtner, Invalide

Jubiläen

40 Jahre im Dienst

HENRICHSHÜTTE

BKK Henrichshütte

Neuer BKK-Vorstandsvorsitzer

Der Vorstand der Ruhrstahl AG. hat als Arbeitgebervertreter für die Vertreterversammlung und den Vorstand der Betriebskrankenkasse Henrichshütte Prok. Walter Franzen (Sozialabt. Henrichshütte) und als seinen Stellvertreter Prok. Heinrich Schroer (Kostenabt. Henrichshütte) bestellt. In der letzten Sitzung der Selbstverwaltungsorgane wurde Prok. Franzen als Vorstandsvorsitzer und als stellvertr. Vorsitz der Vertreterversammlung gewählt. Er übernimmt damit die Funktionen des ausgeschiedenen Direktors Wilhelm Graf.

UNSERE TOTEN

HENRICHSHÜTTE

Othmar Schwanenberger	Gruppenleiter	2. März 1961
Wilhelm August Meinecke	Pensionär	3. März 1961
Paul Büchsenschütz	Vorarbeiter	12. März 1961
August Wolf	Zentrierer	15. März 1961
August Klusmann	Pensionär	15. März 1961
August Walter Berger	Pensionär	18. März 1961
Josef Gilles	Pensionär	26. März 1961
Karl Enders	Pensionär	26. März 1961
Ludwig Hommerich	Pensionär	26. März 1961
Arthur Nedden	Pensionär	27. März 1961
Wilhelm Hagemann	Pensionär	27. März 1961
August Michalsky	Pensionär	29. März 1961
Rudolf Willi Lenz	Pensionär	30. März 1961
Hugo Grimme	Pensionär	31. März 1961
Stefan Recek	Pensionär	5. April 1961

ANNENER GUSSSTAHLWERK

Hans Püschel	Schlosser	20. März 1961
Martin Lademann	Versandarbeiter	31. März 1961

WIR BEWAHREN IHNEN EIN EHRENDES ANDENKEN



Karl Freisewinkel
Verwiegler
(Werkschutz)
am 2. März 1961



Bernhard Denno
Meister
(Büromaschinen-
Rep.-Werkstatt)
am 6. April 1961



Eduard Berger
Leiter der Telefonzentrale
und Fernschreibstelle
am 9. Mai 1961



Heinrich Zimmermann
Obermeister
(BW 1)
am 15. Mai 1961

25 Jahre im Dienst

HENRICHSHÜTTE

Wilhelm Bußmann, kaufm. Angestellter (Apparatebau), am 3. März 1961

Erich Kunde, Meister (Bearb.-Werkstatt), am 5. März 1961

Fritz Wolf, kaufm. Angestellter (Fernsprechzentrale), am 1. April 1961

Heinz Brünemann, Dreher (Maschinenbau), am 1. April 1961

Alfred Ebert, Blockflämmer (Stahlwerk), am 1. April 1961

Walter Wassermann, Vorarbeiter (Bauabteilung), am 1. April 1961

Heinz Ignatzi, Dreher (Instands.-Werkstatt I), am 1. April 1961

Günter Krampe, Dreher (Instands.-Werkstatt I), am 1. April 1961

Heinz Wortmann, Schlosser (Instands.-Werkstatt II) am 1. April 1961

Annener Gussstahlwerk

Hbv. Falkenbach feierte 25jähriges



Richard Falkenbach, Leiter der Sozialabteilung des Annener Gussstahlwerks, konnte am 30. März das 25jährige Dienstjubiläum bei der Ruhrstahl AG feiern. Der Jubilar, der seinen Berufsweg am 15. März 1920 als kaufmännischer Lehrling der Maschinenfabrik Köppern, Winz bei Hattingen, begann, kam am 1. April 1936 als Lohnbuchhalter zur Henrichshütte, nachdem er zuvor bei seiner Lehrfirma Korrespondent und Lohnbuchhalter, später bei einem Rechtsanwaltbüro Kostenberechner, dann bei einer Hattinger Metallfirma Lohnbuchhalter und schließlich im Arbeitsamt Hattingen Sachbearbeiter gewesen ist. Am 1. Juni 1943 wurde Richard Falkenbach als stellv. Leiter des Lohnbüros des Annener Gussstahlwerks nach Witten-Annen versetzt. Am 1. Oktober des gleichen Jahres wurde ihm die Leitung des Lohnbüros übertragen. Am 1. November 1954 wurde dem Jubilar Handlungsvollmacht erteilt und die Leitung der Sozialabteilung des Annener Gussstahlwerks anvertraut.

Die silberne Ruhrstahlnadel ans Revers

Eugen Maas, Elektriker (Elektrowerkstatt), am 1. April 1961

Paul Lukaszzyk, Stoßer (Bearbeitungswerkstatt I), am 1. April 1961

Willi Rommel, Registrator (Betriebs-Krankenkasse), am 2. April 1961

Alwin Wittek, Revisor (Kümpelbau), am 2. April 1961

Hans Mössinger, Schlosser (Instands.-Werkstatt II), am 2. April 1961

Hugo Klein, Hilfsarbeiter (Hilfsbetrieb), am 2. April 1961

Hans Szillat, Kolonnenführer (Stahlwerk), am 3. April 1961

August Hopmann, Gießkranführer (Stahlwerk), am 4. April 1961

Karl Prahs, Schaltwart (Elektrowerkstatt), am 4. April 1961

Johann Birkenfeld, Verloader (Apparatebau), am 6. April 1961

Rudolf Preising, Schleifer (BW-Werkzeugmacherei), am 7. April 1961

Rudolf Hedegger, Schlosser (Instands.-Werkstatt I), am 8. April 1961

Heinrich Vieweger, Schlosser (Instands.-Werkstatt I), am 8. April 1961

Wilhelm Rohleder, 1. Zeichner (Walzwerk II), am 8. April 1961

Eduard Muffert, Kranführer (Walzwerk I), am 8. April 1961

August Trösken, Schlosser (Eisengießerei), am 9. April 1961

Karl Pabst, Scherengehilfe (Walzwerk II), am 9. April 1961

Rudolf Menne, Kranführer (Walzwerk I), am 10. April 1961

Stefan Wecker, Hilfsformer (Stahlformgießerei), am 10. April 1961

Herbert Stobinski, Schlosser (Hochfenschlosserei), am 21. April 1961

Alwin Beyer, Kranwart (Vergütung), am 23. April 1961

Ludwig David, Kernmacher (Stahlformgießerei), am 27. April 1961

Heribert Bracht, Schleifer (BW-Werkzeugmacherei), am 28. April 1961

Karl Kaiser, Dreher (Bearbeitungs-Werkstatt II/III), am 29. April 1961

Karl Plaumann, Schlosser (Instands.-Werkstatt II), am 29. April 1961

Rudolf Simon, Schlosser (Instands.-Werkstatt II), am 29. April 1961

Karl Haak, 1. Grubenmann (Stahlwerk), am 29. April 1961

Ewald Schaub, Schlosser (Instands.-Werkstatt II), am 30. April 1961

ANNENER GUSSSTAHLWERK

Helmut Bracht, Leiter der Fertigung (Waggonreparatur), am 2. März 1961

Wilhelm Siepmann, Schlosser (Apparatebau), am 11. März 1961

Wilhelm Kuhlmann, Magaziner (Zentr.-Bearb.-Werkstatt), am 16. März 1961

Albert Marzi, kaufm. Angestellter (Materialwesen), am 16. März 1961

Hugo Gessner, Elektriker (Elektrowerkstatt), am 25. März 1961

Richard Falkenbach, Handl.-Bev. (Sozialabteilung), am 1. April 1961

PRESSWERKE BRACKWEDE

Karl Fislake, der am 2. März 1961 sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern konnte, ist nicht – wie wir irrtümlich meldeten – stellv. Betriebsleiter der Elo-Schweißerei, sondern bereits seit 1952 ihr Betriebsleiter.

Familiennachrichten

Die Ehe schlossen:

Henrichshütte

Rudolf Hasler (Hammerwerk) mit Ellen Schmelzing am 16. Dezember 1960
Walter Thöing (Hammerwerk) mit Ursula Stachelhaus am 3. Februar 1961
Hans Walter Steinhausen (Hammerwerk) mit Maria Pietrzak am 10. Februar 1961
Erich Nolte (Gaskraftwerk) mit Hilde Reichmann am 24. Februar 1961
Ignatz Sobczyk (Werksbahn) mit Irmgard Bloch am 28. Februar 1961
Rudolf Klevenow (Eisengießerei) mit Karin Runte am 1. März 1961
Reinhard Magdalinski (Vergütung) mit Erika Krenkel am 3. März 1961
Günter Pröpper (Elektrowerkstatt) mit Helga Sanio am 7. März 1961
Robert Röhr (Mech. Werkstatt I) mit Gerda Imberg am 10. März 1961
Karl Heinz Werning (Einsatzbetrieb) mit Brunhilde Walter am 13. März 1961
Friedrich Ziock (Werksbahn) mit Anneliese Rosenkranz am 16. März 1961
Friedhelm Kampe (Einsatzbetrieb) mit Ursula Gerhold am 17. März 1961
Jürgen Rubrecht (Modellschreinerei) mit Eva Muckenschnabl am 17. März 1961
Edwin Krause (Walzwerk I) mit Annemarie Kowalewski (Labor) am 17. März 1961
Walter Jordan (Stahlgießerei) mit Christa Moske geb. Uhlemann am 17. März 1961
Horst Daniel (Instands.-Werkstatt I) mit Gerda Drescher am 17. März 1961
Wilfried Schrimpf (Vergütung) mit Erika Pierskalla am 17. März 1961
Helmut Brackhaus (Einsatzbetrieb) mit Renate Speckmann am 18. 3. 1961
Edmund Spiller (Verkauf Ausland) mit Gisela Maria Vonnegut am 18. März 1961
Rudi Knatz (Vergütung) mit Edeltraud Kaczor am 24. März 1961
Manfred Finke (Elektrowerkstatt) mit Irmhild Krause am 24. März 1961
Wilfried Meding (Werksbahn) mit Ingrid Möller geb. Brüstele am 25. März 1961
Werner Herbold (Mech. Werkstatt III) mit Renate Matussek am 28. März 1961
Willi Märker (Einsatzbetrieb) mit Helga Feyerabend am 30. März 1961
Herbert Birkel (Eisengießerei) mit Martha Büschel am 30. März 1961
Günter Breiholz (Walzwerk I) mit Lina Ulrich am 30. März 1961
Heinz Nickisch (Werksbahn) mit Brigitte Wusting am 27. Januar 1961

Annener Gusstahlwerk

Florentin Gusunde (Apparatebau) mit Frau Herta Ilse Dirkes am 2. März 1961
Helmut Jentsch (I.- u. R.-Betrieb) mit Lydia Kairies am 10. März 1961
Walter Koch (Apparatebau) mit Brigitte Schrebe (Apparatebau, Zentral-Arbeitsvorbereitung) am 14. März 1961
Klaus Schröder (Zentr.-Bearb.-Werkstatt) mit Ursula Frenkler am 17. März 1961
Heinrich Beckort (Apparatebau) mit Marianne Körtner am 17. März 1961
Adolf Halfter (Apparatebau) mit Irmgard Erika Hilse am 24. März 1961
Manfred Hoffmann (Apparatebau) mit Karin Rottgers am 24. März 1961
Peter Dargel (Gießerei) mit Erika Förster am 24. März 1961
Otto Kind (Werkzeugmaschinen-Bau/Montage) mit Margarete Minge geb. Spill am 30. März 1961
Christa Kaub (Verk. Werkzeugmaschinen) mit H. Gras am 28. März 1961

Bargeldloser Monatslohn

Was ist, wenn man nun krank wird?

Es soll nicht verkannt werden, daß für länger krankfeiernde Mitarbeiter gewisse Schwierigkeiten mit der monatlichen bargeldlosen Lohnvergütung verbunden sein können.

Während bei 14tägigen Lohnzahlungsintervallen die Zeitspanne von der Arbeitsaufnahme bis zur ersten Lohnzahlung bis zu 4 Wochen betragen kann, kann sie sich bei der monatlichen Entlohnung in einigen ungünstigen Fällen bis zu 6 Wochen verlängern. Grundsätzlich ist festzustellen, daß der Krankfeiernde den Lebensunterhalt während der Krankheit mit dem Kranken- bzw. Hausgeld bestreiten soll,

Nachwuchs kam an:

Henrichshütte

Karl Siekiera (Hammerwerk), Annette, am 1. März 1961
Lothar Uhl (Hammerwerk), Martina, am 2. März 1961
Hans Conrad (Elektrowerkstatt), Hans, am 2. März 1961
Heinz aus dem Siepen (Bearb.-Werkstatt), Ulrike, am 2. März 1961
Heinz Kuhlmann (Werksabnahme), Kirsten, am 3. März 1961
Friedel Nowak (Walzwerk I), Sabine, am 3. März 1961
Friedhelm Naurath (Elektrowerkstatt), Dagmar, am 3. März 1961
Horst Becker (Mech. Werkstatt III), Michael, am 3. März 1961
Heinz Schafstall (Apparatebau), Martina, am 4. März 1961
Herbert Hildebrandt (Instands.-Werkstatt I) Andreas, am 5. März 1961
Karl Heinz Brilo (Stahlgießerei) Beate, am 6. März 1961
Josef Solich (Mech. Werkstatt III), Ralf, am 6. März 1961
Werner Mann (Walzwerk I), Thomas, am 9. März 1961
Gerd Wagner (Versuchsanstalt), Michael, am 9. März 1961
Rolf Packlin (Elektrowerkstatt), Anja, am 10. März 1961

Zum Muttertag

Das ist ein Grünen und ein Blühen,
ein Duften ohne Unterlaß,
als käm' ein Königskind zur Feier
des Maien selbst zu uns ins Land.

Die Sonne wirkt aus blankem Golde
auf blauem Grund sich ihr Gewand.
Die Luft ist wie erfüllt von Singen,
und alle Herzen jubeln hell.

Das ist der Tag der Mutterliebe
und Tag des stillen Kinderdanks.
Allmutter Erde schenkt das Blühen,
wir Menschenkinder blühen mit.

Hans Bahrs

Berndt Schulte (Betriebswirtschaftsst.), Jörg, am 10. März 1961
Johann Weissel (Werksbahn), Harald, am 11. März 1961
Hans Marquardt (Eisengießerei), Regine, am 11. März 1961
Heinz Möller (Walzwerk II), Heinz, am 11. März 1961
Hans Peter Haese (Elektrowerkstatt), Michael, am 11. März 1961
Hans Werner Fedrowitz (Walzwerk I), Werner, am 12. März 1961
Alfred Klein (Apparatebau), Gerhard, am 12. März 1961
Fritz Bergau (Versuchsanstalt), Rita, am 12. März 1961
Günter Budzyk (Hammerwerk), Dagmar, am 13. März 1961
Walter Wortmann (Bauabteilung), Susanne, am 13. März 1961
Erich Weber (Labor), Monika, am 14. März 1961
Peter Dorfstecher (Mech. Werkstatt I), Wolfgang, am 14. März 1961
Erich Gawerth (Hauptmagazin), Sigrid, am 15. März 1961
Erwin Jung (Werksbahn), Birgit, am 16. März 1961
Günter Michels (Werksbahn), Ulrike, am 18. März 1961
Heinz Schick (Stahlwerk), Christian, am 18. März 1961

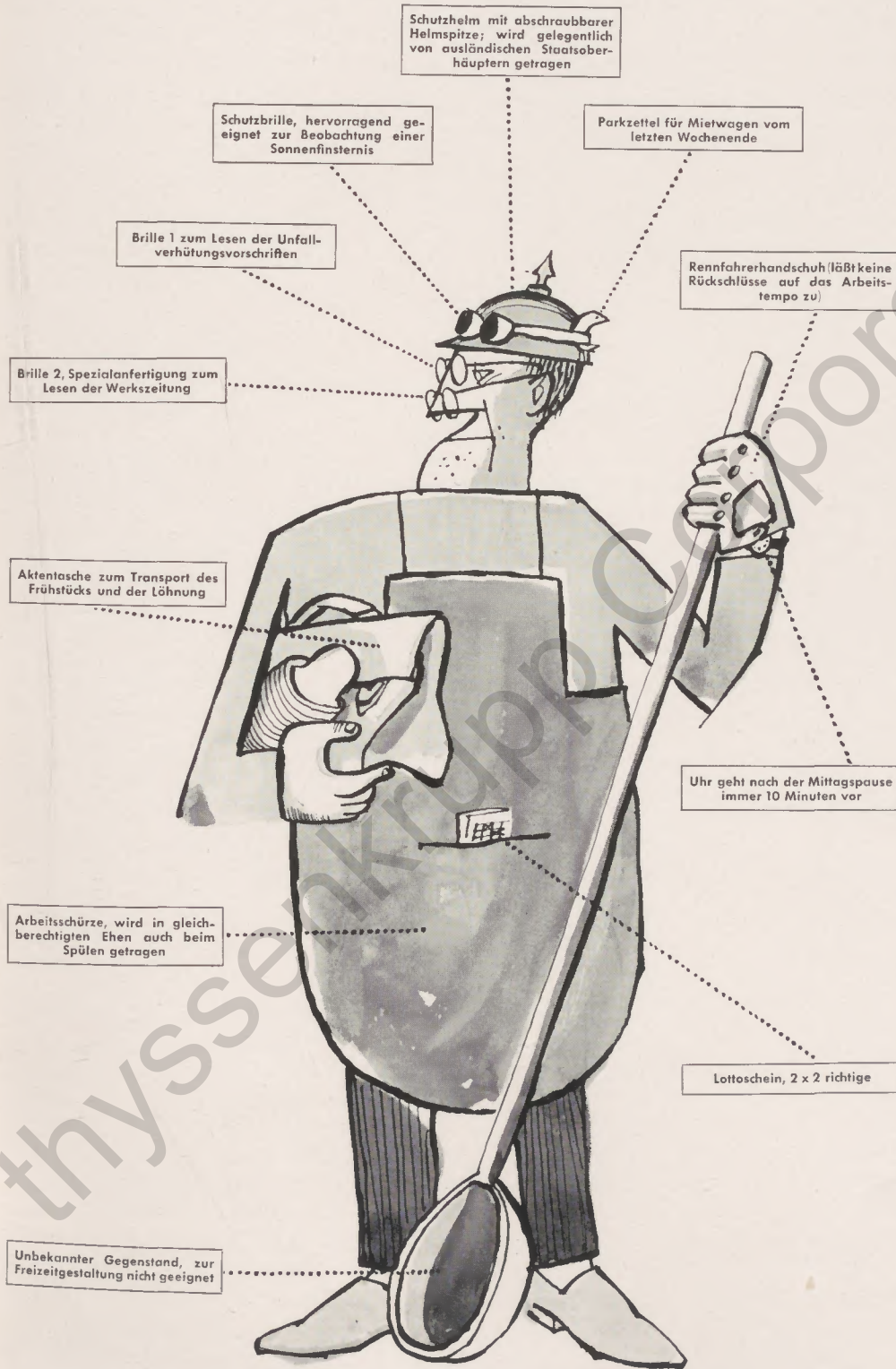
das ihm die Betriebskrankenkasse zahlt. Den nicht verbrauchten Lohn bzw. den ggf. während der Krankheit ausgezahlten Lohn sollte er bis zur Wiederaufnahme der Arbeit zurücklegen, um damit den Anschluß an die nächste Lohnzahlung zu finden. Vielfach fallen während der Krankheit aber erhöhte Aufwendungen an, so daß der zeitlich nachlaufende Lohn manchmal mit zur Bestreitung des Lebensunterhalts während dieser Zeit herangezogen werden muß. In diesen Fällen werden – insbesondere nach längerer Krankheit – die Sozialabteilungen wie bisher mit Zahlungen aus dem Wohlfahrtsfonds eingreifen können, oder das Belegschaftsmitglied kann notwendigerfalls auch Vorschußzahlungen in Anspruch nehmen. In einzelnen Fällen wird es auf Wunsch des Belegschaftsmitgliedes möglich sein, die Krankengeldzahlungen nicht, wie es in der RVO vorgesehen ist, wöchentlich in Anspruch zu nehmen, sondern den Lohnzahlungsrythmus des Unternehmens angleichen zu lassen, um damit leichter den Anschluß zur nächsten Lohnzahlung wieder zu erreichen.

Wie wird man eine perfekte Betriebsnervensäge?

- Halte dich niemals an klare Anweisungen und Betriebsvorschriften. Du weißt es besser, weil es doch „schon immer so gemacht“ worden ist. Machst du einen Fehler, so schiebe die Schuld deinem Nebenmann oder Vorgesetzten zu: sonst könnte man denken, du legst auf vertrauensvolle Zusammenarbeit Wert.
- Laß deine Arbeitskollegen niemals an einer Anerkennung teilnehmen. Reiß dir alle Erfolge alleine unter den Nagel. Starke Männer haben es nicht nötig, bescheiden zu sein.
- Sage deinem Vorgesetzten niemals unter vier Augen, wenn er sich – deiner Ansicht nach – geirrt hat. Achte vielmehr darauf, daß möglichst viele zuhören, damit bald alle wissen, was du für ein Prachtkerl bist.
- Tue stets so, als wenn du mit Arbeit völlig überlastet seiest, damit keiner auf den Gedanken kommt, von dir eine Gefälligkeit zu erwarten. Laß einen jüngeren Kollegen niemals an deine Arbeit heran: sonst wird er am Ende noch für genauso tüchtig gehalten, wie du dir selbst vorkommst.
- Sei niemals freundlich zu Kollegen oder Vorgesetzten, sonst denken sie schließlich noch, du wärest „weich“ oder „ein guter Kerl“.
- Laß alle Mißstände in deinem Arbeitsbereich möglichst lange bestehen und wachsen: sie werden dann zur unentbehrlichen Betriebsgewohnheit. Betrachte Kollegen, die Verbesserungsvorschläge machen, grundsätzlich als üble Streber und Besserwisser. Wenn dein Vorgesetzter nicht merkt, was du „schon längst gewußt hast“, ist er selbst schuld.
- Wenn du nicht verstehst oder für richtig hältst, was ein anderer dir klar machen will, so schieße ihn nach seinem ersten Satz prinzipiell ab mit dem vernichtenden Ausruf: „Kalter Kaffee“. Sonst schenkt er dir womöglich noch sein Vertrauen. Wenn ein Vorgesetzter dir etwas erklärt, so stelle deine „Ohren auf Durchzug“. Wer nämlich nicht zuhört, hat immer recht.
- Betrachte es als eine Zumutung, wenn ein Kollege oder Vorgesetzter mit dir neue Ideen für die betriebliche Produktion besprechen will. Laß ihn dein Mißfallen deutlich fühlen und beschwere dich später, weil man dich übergangen hat. Verschweige ihm großzügig deine Erfahrungen, die deine Firma dich auf deinem Arbeitsplatz machen ließ, vor allem, wenn seine Idee undurchführbar ist. Warum soll er sich nicht die Hörner ablaufen? Der Betrieb leidet ja nicht darunter, und wenn, dann „trifft es keinen Armen“!
- Komme nur nicht auf den Gedanken, über deinen eigenen Arbeitsbereich hinauszuschauen und lehne jede Möglichkeit ab, dich auf anderen Arbeitsplätzen zu bewähren. Betrachte deine Vorgesetzten grundsätzlich als Antreiber und ihre größere Verantwortung als „Angabe“.
- Sage deinen Vorgesetzten bei jeder Gelegenheit, daß du dich über sie beschweren willst oder daß bald „Maßnahmen“ gegen sie ergriffen würden. Sie haben dann die nötige Ruhe, sich um die Erhaltung und nötige Sicherheit deines Arbeitsplatzes zu kümmern. Der sicherste Weg, die Vertrauensgrundlage der Betriebsgemeinschaft zu festigen, ist der, viel Unruhe in den Betrieb hineinzutragen.



Der standhafte Hüttenmann



Abschied vom Kindergarten: Am 14. März mußten 35 Kinder vom Ruhrstahl-Kindergarten Abschied nehmen. Mit der Schule begann nach Ostern für sie der „Ernst des Lebens“. Tante Erna und ihre Helferinnen gestalteten für die 35 und ihre eingeladenen Muttis eine schöne Abschiedsfeier. Anschließend fuhr ein Teil der Schüleraspiranten mit einem Sonderautobus noch zu einer Kur nach Bad Rothenfelde, um sich auf die Anstrengungen des vor ihnen liegenden Lebensabschnitts zu rüsten.



Mit kritischen Augen: Der Prüfungsausschuß für Dreherlehrlinge der Industrie- und Handelskammer Bochum tagte unter dem Vorsitz des Ausbildungsleiters unserer Hütte, Dörner, vom 13. bis 15. März auf der Henrichshütte. Es galt 177 Prüfungsstücke – davon 47 von Dreherlehrlingen der Hütte – zu begutachten und 216 Kenntnisprüfungen auszuwerten. Dank unseres hohen Ausbildungsniveaus vermochten die Hüttenlehrlinge im Durchschnitt besser abzuschneiden als ihre „Konkurrenten“ von den übrigen Eisen- und Stahlfirmen des Bochumer Handelskammerbezirks; ein schöner und beachtlicher Erfolg unserer Ausbilder.



Repetitorium Arbeitsschutz: Etwa 50 Meister der Henrichshütte kamen am 21. März im Ledigenheim der Hütte zu einem Vortrag des Sicherheitsing. Ritter zusammen. Dann diskutierte der „Arbeitskreis der Meister“ (Foto) über allgemeine und spezielle Fragen der Unfallverhütung und des Arbeitsschutzes. Der Stoff war für die Meister nicht neu, denn sie hatten sich mit diesen Themen bereits früher in der vom Werkssicherheitswesen durchgeführten Besprechungsreihe „Der betriebliche Vorgesetzte und die Unfallverhütung“ auseinandergesetzt. Es war – wie das Programm verhiess – tatsächlich ein „Repetitorium Arbeitsschutz“.



Die in die Röhre gucken...

Dem kritischen Televisionär wird nicht jede Stunde vor dem Fernsehschirm zu einem Genuß ohne Reue – doch der Griff zum Abstellknopf fällt auch ihm nicht immer leicht. Denn: schließlich könnte noch etwas Besseres kommen ... Auf Kinder dagegen übt die flimmernde Bildröhre eine Faszination aus, die sie jedwedes Programm mit stets gleichbleibendem Interesse in sich hineinfressen läßt. 40 Prozent aller Kinder im Alter zwischen 6 und 12 Jahren sind sogar Zuschauer der Abendsendungen des bundesdeutschen Fernsehens, die zwar in moralischer Hinsicht absolut keimfrei sind; ob aber die geistige und körperliche Entwicklung eines Kindes durch häufige Fernseh-Nachtwachen gefördert wird, darf füglich bezweifelt werden.

Foto: Ahlborn